Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1927

124 (30.5.1927)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gespaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 6 Pfennig. Reklame-Millimeterzeile 45 Pfennig ○ Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit" Die Mußestunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark ○ Ohne Zustellung 2 Mark ○ Durch die Post 2.46 Mark ○ Einzelpreis 10 Pfennig ○ Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Westendstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 26; Rastatt, Friedrichsfeste; Offenburg, Langestraße 28

Nummer 124 — Karlsruhe / Montag, den 30. Mai 1927 — 47. Jahrgang

Die rote Woche in Kiel

F. Sch. „Der Parteitag in Kiel ist für jeden Teilnehmer zu einem Erlebnis geworden." Unter dem stürmischen Beifall der Delegierten sprach Otto Wels in seiner Schlußrede an den Parteitag diesen Satz aus. In der Tat: Kiel ist für die Beauftragten der deutschen Sozialdemokratischen Partei wie für die Abgesandten ausländischer Bruderparteien, zu einem Erlebnis von stärkster Wirkung geworden. Und wer die Kieler Woche miterleben durfte, weiß, daß auch die gesamte Bevölkerung von dem mächtigen Eindruck miterfaßt wurde, den diese äußerlich so glänzende, organisatorisch so vorzügliche und politisch so wertvolle Tagung hervorrief.

Sämtliche städtischen Gebäude und eine Kirche trugen die ganze Woche hindurch Flaggenschmuck, ebenso hunderte und tausende von Privathäusern. Dabei war eine sehr nachahmenswerte Neuerung zu sehen: die Farben der Fahnen waren schwarz-rot-gold, aber an jeder Fahnenstange flatterte im scharfen Nordostwind auch ein rotes Wimpel. Die Liebe zur demokratischen Republik und das Bekenntnis zur Arbeit waren somit augen- und sinnfällig glücklich vereint.

Selbst in dem viel kleineren Jena, das die Parteitage 1911 und 1913 beherbergte, hat keiner dieser Parteitage der Stadt so nachhaltig und wirkungsvoll den Stempel seiner Bedeutung aufzudrücken vermocht, wie wir es in dem mehrfach schönen Kiel erlebt haben. Wie marschierte die politisch und gewerkschaftlich stark organisierte Kieler Arbeiterschaft auf! Für die Kieler Tagung angefertigte Plakette trugen nicht die Teilnehmer, sondern tausende von Arbeitern während der Tagung. Die Musikkapelle des Reichsbanners, die Spielmannschöre der Freien Turnerschaft, der Arbeiterjugend usw. boten eine über alles Lob erhabene Dienstbereitschaft. Der Zug des Reichsbanners durch die Stadt, nach der Abholung des Bundespräsidenten Hörsing, zwang auch dem Bürgertum Achtung ab. Ganze Hundertschaften graubärtiger Männer marschierten in mustergültiger freiwilliger Disziplin.

Und dann die herrliche Kieler Arbeiterjugend! Der Marsch der 4000 ausschließlich noch schulpflichtiger Proletarierkinder, von denen jedes ein rotes Fähnchen trug, begleitet von mehreren Spielmannschören, vor dem Gewerkschaftshaus zur Begrüßung der Delegierten, war von einfach überwältigender Wirkung.

„Mit uns siegt die neue Zeit . . ."

Aus 4000 Kinderkehlen klangen die Akkorde des Brögerliedes. Die Augen dieser prachtvollen proletarischen Jugend hingen an ihrem Altersgenossen, der in freier Rede die Delegierten begrüßte, ebenso an Paul Löbe, der, wie kein anderer, zu Kindern zu sprechen versteht.

Die Fahrt nach Eckernförde! In Kiel flatterten zuerst, als im Herbst 1918 die Monarchie zusammenbrach, auf Kriegsschiffen rote Fahnen. Masten und Heck der drei Dampfer, die die Delegierten nach Eckernförde brachten, waren mit roten Fahnen geschmückt. Drüben, auf den großen Werftanlagen, donnerten die Hämmer, qualmten die riesigen Schlote; neue Schiffe für den Handel sind im Bau. Auch ein Kreuzer liegt auf Stapel. Das Linienschiff „Schleswig", das zu Beginn des Weltkrieges noch im Hafen gelegen hatte, war verschwunden. Die Herren Offiziere der sozusagen republikanischen Marine mögen die rote Farbe nur dann gern, wenn ihr schwarze und goldene Farben zugesellt werden.

Die hervorragenden Leistungen der Kieler Arbeiterschaft waren nur möglich dank der Stärke der Organisationen und des Zusammenhalts. Schon das Kieler Gewerkschaftshaus, eines der schönsten und größten unter den deutschen Volks- und Gewerkschaftshäusern, ist ein Beweis für die innere Kraft der Kieler Arbeiterbewegung, die der resolutionären Phraseologie fremd ist. Darum hat die Kieler Arbeiterschaft auch sehr viel die Schäden überwunden, die die Parteispaltung und die kommunistischen Tollhäuslereien angerichtet haben. Und was noch hervorgehoben werden soll: in Kiel sind heute noch etwa 600 Erwerbslose vorhanden. Kiel wird wahrscheinlich niemals mehr seine Werften in voller Beschäftigung sehen; es wird niemals eine große Handelsstadt werden können. Es bleibt ein Kriegshafen.

Aus einem überlebensgroßen Bilde blickte am Eröffnungsabend Karl Legien auf die Tausende herab, die in der mächtigen Nordosthalle versammelt waren. Legiens auf die positive und praktische Politik eingestellter Geist hat die Kieler Arbeiterbewegung entscheidend beeinflußt. Daß sie des idealen Schwungs nicht entbehrt, das hat die vergangene Woche erwiesen. Alle Delegierten werden in Kiel viel und Schönes gelernt haben.

*

Das sachliche und politische Ergebnis der Kieler Woche darf die gesamte Partei in hohem Maße befriedigen. Die Kieler Tagung wird sich für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung als von großem Nutzen erweisen. Allerdings brachte der erste Verhandlungstag ein paar peinliche Stunden, die bei vielen Delegierten Befürchtungen für den Verlauf des Parteitages erweckten. Einige Wortführer der Opposition ließen in starkem Maße Selbstzucht und Verantwortungsgefühl vermissen, ebenso die allgemein notwendige Erkenntnis, daß Angesichts der gegenwärtigen Reaktion nicht Kritelei und Nörgelei Pflicht und Ehre jedes Parteimitgliedes und Vertrauensmannes ist, sondern die systematische Vorbereitung und Durchführung des begonnenen Kampfes gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion. Gerade die Augen des Funktionärs sollen und müssen nach vorwärts gerichtet sein, auf die Aufgabe, auf den Kampf und nicht rückwärts, ob da oder dort Fehler oder Unterlassungssünden begangen worden sind. Die deutsche Sozialdemokratie kann Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Gefahren und Aufgaben den Luxus sich nicht mehr erlauben, innere, vielfach etwas künstlich erzeugte Meinungsdifferenzen in behaglicher Breite auf Kongressen zu debattieren. Wann und wo begründeter Anlaß zur Kritik an vergangenen Dingen notwendig ist, muß sie im Geiste wirklicher Kameradschaftlichkeit erfolgen. Diesen Geist haben einige Redner der sogenannten Opposition bei der Debatte über den Vorstandsbericht vermissen lassen, obgleich weder Wels noch Ludwig irgend einen Anlaß zur heftigen und persönlichen Kritik geboten haben.

Der Unwille der übergroßen Mehrheit des Parteitages brach aber so deutlich und energisch durch, daß der Teil der Opposition, der in engem persönlichem Zusammenhange operiert, die Streit- und Hitzköpfe ganz offenbar zurückgepfiffen hat. Und Toni Sender hat dann gezeigt, daß man Opposition machen kann, ohne gleichzeitig die Partei zu schädigen. Die sächsischen Delegierten werden von Kiel vielleicht die Erkenntnis mit nach Hause genommen haben, daß die in den letzten Jahren so oft geübte sächsische Taktik und die sächsische Art des Austrags innerer Differenzen in der Gesamtpartei auf scharfe Ablehnung stoßen.

Die Beschlüsse des Parteitages hinsichtlich der Beamtenorganisationen und der Schulfragen werden vermutlich noch zu Erörterungen in den beteiligen Kreisen Anlaß geben; wir halten die gefaßten Beschlüsse für zweckmäßig und gedihlich. Bemerkenswert ist, daß die Reichswehr, die lebhaft vorher in der Presse Gegenstand der Erörterungen war, auf dem Parteitag nur erwähnt worden ist, aber zu der vielfach erwarteten Debatte nicht geführt hat. Daß die Reichswehr einer gründlichen inneren Reform unterzogen werden muß, wissen wir, aber wir kämpfen nicht gegen, sondern um die Reichswehr, deren Beseitigung ernsthaft niemand mehr fordert.

Durch den Kieler Parteitag ist ein Agrarprogramm geschaffen worden. Nach einer langen und sorgfältigen Arbeit. Die Landarbeiter und die kleinen ländlichen Besitzer stellen ein großes Rekrutierungsfeld für die Sozialdemokratie dar. Die Gewinnung dieser Schichten muß aufs sorgsamste vorbereitet werden. Das Agrarprogramm bietet die Möglichkeit dazu, denn es verbindet die Lebensinteressen dieser Schichten mit denen der industriellen Arbeiterschaft und mit dem allgemeinen Volkswohl. Der Wortlaut der zum Agrarprogramm gehaltenen instruktiven Reden wird für unsere Funktionäre und alle Parteigenossen von größtem Werte sein. Für die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung gibt es kein starres Schema; die außerordentliche Vielgestaltigkeit in der deutschen Landwirtschaft, erfordert genaue sorgfältige Anpassung bei der Agitation.

*

Die Stellung der Sozialdemokratie zum heutigen Staat ist klar und seit der Weimarer Verfassung entschieden. Ueber die Aufgaben, die in der Republik zu erfüllen sind, gehen in taktischer Beziehung gelegentlich die Meinungen auseinander. Ob Koalition oder Opposition, das sind keine grundsätzlichen, es sind taktische Fragen, die jeweils nach Lage der Verhältnisse zu entscheiden sind. Auch nach Annahme der Vorstandsresolution in Kiel werden zur gegebenen Zeit die Meinungen darüber auseinandergehen, ob die Partei Koalitionen eingehen oder Opposition treiben soll. Aber der Grundzug der Debatte, die sich an das in jeder Beziehung glänzende und politisch ungemein wertvolle Referat Hilferdings angeschlossen hat, war, daß der **Wille der Sozialdemokratie, an der Staatsmacht beteiligt zu sein, wo immer das zu erreichen ist, ein einmütiger und starker ist.** Die Oppositionsstellung mag der Partei unter bestimmten Verhältnissen und vorübergehend agitatorische Vorteile bringen, **wirkliche Erfolge sind aber nur in aktiver Mitarbeit im Staate und durch die Beteiligung an der Staatsmacht zu erzielen.**

Nicht die monarchistische Gefahr ist die nächste und gefährlichste, sondern die faschistische. Der siegende Faschismus kann in einer Republik unter Umständen gegen das Proletariat viel schlimmer hausen als in einer Monarchie. Die bewußte und gewollte grundsätzliche Opposition einer so großen Partei, wie die Sozialdemokratie, würde zum festen Zusammenschluß aller anderen Parteien führen. Das Resultat wäre die Diktatur. Aber nicht die des Proletariats.

Im Reiche wird die Sozialdemokratie bis zu den Neuwahlen im Dezember 1928 in der Opposition bleiben und bleiben müssen. Es herrschte Einmütigkeit auf dem Parteitag, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um agitatorisch aus dieser Situation herauszuholen, was nur möglich ist. Da die Partei in einer sichtbaren Aufwärtsbewegung sich befindet und die Verhandlungen wie die Beschlüsse des Kieler Parteitages diese Entwicklung sicherlich fördern werden, kann die Sozialdemokratie mit guter Zuversicht kommenden Wahlen entgegensehen. Wir haben uns früher gar oft auf Parteitagen durch voreilige und sogenannte „grundsätzliche" Beschlüsse selbst in taktischer Beziehung gefesselt. In Kiel ist damit und wohl endgültig gebrochen worden. Die Partei gebraucht ein Programm und sie muß ein klar erkennbares Ziel haben. Programm und Ziel sollen das politische Handeln der Partei beeinflussen, die allgemeinen Richtlinien darstellen. Aber mit ihnen Freiheit in der Praxis, also keine Fesseln für die Taktik. Auf den Boden des Klassenkampfes würde die Partei auch dann wieder gedrängt werden, selbst wenn sie ihn verlassen wollte, wie das sozialistische Ziel mit dem Wesen der Partei unzerstörbar verbunden ist.

Ein Kampfeswille und eine Siegeszuversicht, die in den letzten Jahren etwas gefehlt haben, beherrschte den Kieler Parteitag. Sie werden sich auch auf die Gesamtpartei übertragen. Gesellen sich dazu Pflichterfüllung und Opferbereitschaft, dann wird die Partei nicht nur Wahlsiege, sondern auch wirkliche und wertvolle politische Erfolge zu buchen vermögen.

In Kiel schlugen die ersten Flammen der Umwälzung empor, die zur demokratischen Republik führte. Es war der Wille des Kieler Parteitages, diesen neuen Staat nicht nur zu erhalten, sondern ihn so zu gestalten, daß er auch — und zwar vorwiegend — den Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung nutzbar gemacht werden kann.

Daß das gelingt und Wahrheit wird, das zu schaffen ist nun die Aufgabe der Parteigenossen. Und wir schaffen es, wenn wir wollen.

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik

Der Parteitag hat die folgende Resolution angenommen:

I.

Nachdem die Versuche, die demokratische Republik gewaltsam zu beseitigen, an dem wachsenden Widerstand der arbeitenden Massen gescheitert sind, versucht die politische und soziale Reaktion unter Führung der deutschnationalen Partei die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital durch Ausnützung der Regierungsmacht wieder herzustellen. Die Deutschnationalen verbergen vorübergehend ihre monarchistischen, republik- und demokratiefeindlichen Bestrebungen, um sich die Hilfe anderer bürgerlicher Parteien zur Durchführung der materiellen, sozialreaktionären Ziele des Großbesitzes zu sichern.

Zugleich wächst mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals die Organisierung der Wirtschaft unter der Leitung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse. Der Kampf um die Beseitigung des Besitzprivilegs, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Der Kampf um die Behauptung der Republik und die Ausgestaltung der Demokratie, die Abwehr der sozialen Reaktion und die Erringung der Wirtschaftsdemokratie erfordert die Vereinigung aller Arbeitenden in einer politischen Partei, in der Sozialdemokratie.

Als politische Partei lehnt die Sozialdemokratie jede Spaltung der Arbeiterbewegung aus konfessionellen Gründen ab. Die politischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung sind völlig unabhängig von der religiösen Ueberzeugung und den weltanschaulichen Meinungen ihrer einzelnen Glieder. Der Parteitag erhebt deshalb Protest gegen die Entfesselung eines sogenannten Kulturkampfes. Er erblickt darin nur den Versuch sozialreaktionärer Kreise, die Trennung zwischen den Arbeitern aufrechtzuerhalten und zu erweitern, um über die Getrennten die politische und soziale Herrschaft leichter ausüben zu können, eine Ablenkung der Arbeiterbewegung von ihren wirklichen Aufgaben. Der Kampf um die Schule ist für die Sozialdemokratie ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist die Beseitigung des Bildungsprivilegs, die Aufstiegsmöglichkeit für alle Befähigten ohne Unterschied des Besitzes, die Hebung des Bildungsniveaus und des Kulturgrades der Massen. Die Ueberwindung des Bildungsprivilegs ist aber eine gemeinsame Angelegenheit aller arbeitenden Schichten. Nicht Trennung durch die Religion, sondern gemeinsamer Kampf um Teilnahme an allen Errungenschaften der Kultur ist der wahre Kulturkampf.

II

Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinde und Länder. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren. Die Entscheidung über die Teilnahme an der Regierung ist eine taktische Frage, deren Beantwortung nicht durch bestimmte Formeln ein für allemal festgelegt werden kann.

III.

Die Losreihung der ihnen noch verbliebenen Arbeiterschichten aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, die Sprengung der reaktionären Koalition und der Sturz der Rechtsregierung steht bei den kommenden Reichstagswahlen zur Entscheidung. Der Zerfall der Kommunistischen Partei, die Selbstentlarvung der bürgerlichen Reaktion machen den Sieg möglich. Der Parteitag ruft alle Vertrauensmänner der Partei auf, in stärkster Geschlossenheit die Vorbereitung für den Wahlkampf zu betreiben. Es geht um die Stärkung der politischen und sozialen Machtstellung der Arbeiterklasse, in der demokratischen Republik die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben.

Rußlands Antwort an England

Berlin, 30. Mai. (Funkdienst.) Die russische Regierung hat dem britischen Geschäftsträger in Moskau eine von Litwinow unterzeichnete Antwortnote überreicht, in der es heißt: „Der Beschluß der Regierung Großbritanniens, das Handelsabkommen von 1921 wieder aufzuheben und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien abzubrechen, ist der Sowjetregierung nicht unerwartet gekommen. Sie weiß schon längst, daß der Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion durch die ganze Politik der jetzigen britischen konservativen Regierung vorbereitet wurde, die alle Anträge der Sowjetregierung ablehnte. Die Sowjetregierung weist nochmals entschieden alle Beschuldigungen, daß sie jemals das Abkommen von 1921 verletzt hätte, als vollkommen unerwiesen und durchaus unbegründet zurück. Die einzige Quelle dieser Beschuldigungen ist eine gewissenlose Information, die aus anrüchigen Quellen weißrussischer Emigranten geschöpft wurde und gefälschte Dokumente, mit denen die britische Regierung während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjetregierung gerne zu operieren pflegte.

Die Ergebnislosigkeit der Durchsuchung der russischen Handelsdelegation, die mit größter Sorgfalt einige Tage ausgeführt wurde, ist der beredtste Beweis für die Loyalität und die Korrektheit der offiziellen Agenten der Sowjetunion. Die Sowjetregierung übergeht die Unterstellungen britischer Minister über eine Spionage der Handelsdelegation mit ihrer Verachtung und hält es für unter ihrer Würde, auf sie zu antworten. Die Sowjetregierung stellt fest, daß die britische Regierung sowohl für die erste Verletzung des Handelsabkommens von 1921, die ihren Ausdruck fand in einem Ueberfall der Polizei auf exterritoriale Räume der öffentlichen Agenten der Sowjetunion, wie auch für die zweite Verletzung, die in der Aufhebung dieser Abmachung ohne die vorgesehene sechsmonatige Kündigung besteht, keine rechtsmäßige Veranlassung hatte.

Es ist der ganzen Welt vollkommen klar, daß der Hauptgrund für den Bruch das Fiasko der Politik der konservativen Regierung in China ist und der Versuch, dieses Fiasko durch eine Diversion gegenüber der Sowjetunion zu verschleiern. Ferner, daß der unmittelbare Anlaß der Wunsch der britischen Regierung ist, die öffentliche Meinung von der Ergebnislosigkeit des unsinnigen Ueberfalls der Polizei auf die Arcos und die Handelsdelegation abzulenken und dem britischen Minister des Innern aus der skandalösen Lage herauszuhelfen, in die er infolge dieses Ueberfalles geraten ist.

Die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung hegen keine Feindschaft gegen die Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten.

Dies ist zweifelsohne auch der Wunsch der Völker des britischen Reiches. Diese normalen Beziehungen wünscht und wünschte die gegenwärtige britische Regierung jedoch nicht, die vom ersten Tage ihres Bestehens bestrebt war, die Beziehungen zur Sowjetunion im Zustande stetiger Spannung zu erhalten und sie weiter zuzuspitzen.

Die britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen das System der Gewalttätigkeiten vor. Sie hat sich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, für den sie die ganze Verantwortung übernehmen muß, im vollen Bewußtsein der Erschütterungen entschlossen, die dieser Bruch unvermeidlich in den bestehenden diplomatischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen hervorrufen wird. Sie mußte wissen, daß dieser Bruch das wirtschaftliche Chaos, das Europa nach dem Weltkriege noch nicht überwunden hat, verstärken und der Sache des Friedens einen schweren Schlag versetzen wird. Sie hat sich jedoch zu dieser Handlung entschlossen, indem sie die Interessen breiter Massen des britischen Reiches und selbst der britischen Industrie opferte.

Die Sowjetregierung nimmt von diesem Akt in der vollen Ueberzeugung Kenntnis, daß er nicht allein von den werktätigen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt verurteilt werden wird. Sie spricht zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nahe ist, wo das britische Volk die Möglichkeit finden wird, sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung der normalen Freundschaftsbeziehungen zu den Völkern der Sowjetunion ungehindert zu verwirklichen.

Deutschnationale Schädlinge an der Friedenspolitik

Paris, 28. Mai. (Eig. Bericht.)

Der **Temps** stellt am Samstag abend fest, daß die **europäische Situation** wieder einmal zu **ernsten Besorgnissen** Anlaß gibt. Der Bruch zwischen England und Moskau, die Rede Mussolinis und die von der deutschen Rechtspresse als eine direkt gegen Deutschland gerichtete Drohung hingestellte Konsolidierung der Entente cordiale hätten eine Verstimmung geschaffen, deren Weiterentwicklung nicht ohne Besorgnis zu betrachten sei. Als wichtigstes Gebot der Stunde könne nur das gelten, den Eindruck zu zerstören, als ob in der Politik von Locarno ein Stillstand eingetreten sei, als ob das Wirken der Mächte zu vertrauensvoller Zusammenarbeit heute geringer sei als vor Wochen noch. **Schuld** daran seien in erster Linie aber die **lärmenden Kundgebungen der deutschnationalen Politiker**, die mit ihren Forderungen des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland, die Rückeroberung Südtirols und der Schaffung eines Großdeutschland von Riga bis Triest die internationale Atmosphäre vergifteten und Stresemanns Friedenspolitik zum eigenen Schaden Deutschlands zu paralysieren drohten. Diese Kundgebungen seien es, die das Vertrauen in die Loyalität der deutschen Friedenspolitik durch wissentlich falsche Behauptungen, daß die englisch-französische Annäherung gegen Deutschland gerichtet sei, erschüttern und die Beziehungen zwischen Paris und Berlin trübten. Glücklicherweise aber seien alle diese tendenziösen Entstellungen durch Baldwin selbst bereits richtiggestellt worden, der ausdrücklich festgestellt habe, daß die englisch französische Entente ausschließlich dem Frieden diene und nur die Erhaltung des Geistes von Locarno zum Ziele habe. Die Fortführung der Locarnopolitik hänge lediglich vom deutschen Volke selbst ab. Die gegenwärtigen deutschnationalen Minister im Schoße des Reichskabinetts und ihre mehrfachen Kundgebungen seien allerdings nicht dazu angetan, das Vertrauen zu Deutschland zu stärken und Stresemanns Aufgabe zu erleichtern. **Die Spannung, die neuerdings in den internationalen Beziehungen eingetreten ist, werde umso eher verschwinden können, als bis das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sich aufraffe, sich dem Einfluß der Haß- und Revanchestimmung zu entziehen, die in den Aeußerungen seiner rechtsstehenden Politiker und Presse unverhüllt zum Ausdruck kämen.**

Tagung der Völkerbundligen

Berlin, 30. Mai. (Funkdienst.) Die Tagung des Völkerbundes der Völkerbundsligen fand am Sonntag ihr Ende. An Hindenburg wurde ein Telegramm gesandt, in dem der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben wird, daß Deutschland den ihm zustehenden Platz im Völkerbund einnimmt. Die Vertreter der Völkerbundligen berichteten dann kurz über ihre Tätigkeit in ihren Ländern. Dann wurde eine Entschließung angenommen, in der Spanien und Brasilien aufgefordert werden, wieder ihre Sitze im Völkerbund einzunehmen. Ferner wurde beschlossen, die Oktobertagung in Sofia abzuhalten und die Junitagung 1928 im Haag.

Der Kampf um die Hauszinssteuer

In freudiger Stimmung versendet der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine diese Meldung an die Presse:

Der Kampf um die **Hauszinssteuer** ist anscheinend in das letzte aber entscheidende Stadium getreten. Wie wir hören, sind die Vorbereitungen zur endgültigen Formung der Hauszinssteuer soweit vorgeschritten, daß bereits ein Referentenentwurf vorliegt, über dessen Inhalt die Regierung aber das größte Stillschweigen bewahrt. Trotzdem sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß man die Steuer in Zukunft je nach der Verschuldungshöhe eines Grundstücks zu staffeln gedenkt, und zwar soll der Höchstsatz bei 50 Prozent, der Mindestsatz hingegen bei ca. 15 Proz. der Friedensmiete liegen. Ferner ist beabsichtigt, diese Sätze jährlich um 10 Prozent weiter abzubauen. Die Verwaltung der Hauszinssteuer soll in Zukunft bei den Finanzämtern liegen und ihre Stabilisierung in der Form erfolgen, daß ein bestimmter Prozentsatz auch in Zukunft als Steuer bestehen bleibt. Besonders der beabsichtigte Uebergang der Verwaltung der Hauszinssteuer auf die Finanzämter wird, wie wir hören, noch Gegenstand eingehender Besprechungen mit den Vertretern der einzelnen Länder bilden, denn diese werden wahrscheinlich zunächst der Neuordnung lebhaften Widerstand entgegenstellen wollen, da sie sich in ihren Hoheitsrechten beschränkt fühlen dürften. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Absicht der Regierung durch die Einsprüche der Länder vereitelt wird, denn es dürfte sich im Reichsrat kaum eine Mehrheit gegen die Regierungsvorlage in dieser Hinsicht finden. Wie dem auch sei, ist auf jeden Fall anzunehmen, daß die Neuregelung der Hauszinssteuer und ihre endgültige Formierung noch im Laufe des Sommers oder spätestens im Herbst zur Verabschiedung gelangt.

VORWÄRTS

im Leben kommt der, der mit praktischem Blick jede Möglichkeit erfaßt, die ihn weiterführt. Für den Kaufmann, der seine Konkurrenz überflügeln will, ist eine rege Insertion im

VOLKSFREUND

der sicherste Weg zum Erfolg

Folgen des Berliner Stahlhelmrummels

Als der **Stahlhelm** in Berlin seine Parade abhielt, wurde er von der **faschistischen Presse sehr gelobt.** Aus Gesinnungsverwandtschaft. Die deutsche reaktionäre Presse hat dies Lob voll Stolz verzeichnet und der deutschen Oeffentlichkeit mitgeteilt. Sie fühlt sich als die Affen Mussolinis stolz über das Lob des großen Mannes. Nun aber schlägt Mussolini aus der Demonstration des Stahlhelm für seine Zwecke Kapital. **Er hat in Rom in der Kammer eine Rede gehalten,** in der er ausführte:

„Erst neulich war in Berlin eine **Stahlhelmparade**, bei der eine Tafel die Aufschrift trug: Von Triest bis Riga. **Verrückt wär**, die Folgerung aber ist die, daß Italien **alle seine Waffen Lande und in der Luft bereitstellen muß.** Es ist notwendig, daß Italien in einem bestimmten Augenblick 5 Millionen Mann mobilisieren und bewaffnen kann. Die Marine muß verstärkt und die Luftfahrt so vermehrt werden, daß das Heulen unserer Motoren jedwedes andere Geheul übertönen kann und daß ihre Flügel die Sonne über unserem Lande verdunkeln."

Man lobt sich gegenseitig, weil man einander die besten Argumente für Kriegshetze gegeneinander gibt.

Nationalistisches Lausbubentum

Anläßlich einer Zusammenkunft des **Reichsbanners** in München, an der auch Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth** und Oberpräsident **Hörsing** teilnahmen, war auf dem Gewerkschaftshause die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt worden. Gegen ½10 Uhr abends erlosch plötzlich die Straßenbeleuchtung und die Fahne stand in Flammen auf. Der „Montagspost" zufolge kommt als Täter ein junger Mann in Windjacke in Frage, der an der Dekoration des Hauptportals emporgeklettert war, die Fahne mit Benzin bespritzte und sie dann angezündet hatte, während ein Komplize das Abdrehen und Wiedereinschalten der Straßenbeleuchtung besorgte.

Ein neuer Schlag gegen die deutschen Schulen im Saargebiet

Saarbrücken, 28. Mai. Die Saarregierung hat von den zuständigen deutschen Stellen die **Erhöhung des Schulgeldes** für die höheren kommunalen Lehranstalten von **300 auf 900 Franken** gefordert mit der Drohung, im Nichtbefolgungsfalle den Schulen die Staatszuschüsse zu entziehen. Dieses neue **Diktat** der Saarregierung erscheint als ein Schlag gegen den kulturellen Aufstieg **gegen die deutschen Saarschulen**, zumal in demselben Augenblick **auch die Erpressungspropaganda** für die französischen Schulen **eingesetzt** hat. Die Saarstädte versuchen diese Maßnahme durch vermehrte Schaffung von Freistellen auszugleichen.

Intern. Kongreß der Konsumgenossenschaften

Paris, 28. Mai. (Eig. Bericht.) In **Nimes** ist der Kongreß der **internationalen Konsumgenossenschaften** zusammengetreten. Es kam gleich in der ersten Sitzung zu einem schweren Zwischenfall. **Nachdem** der sozialistische Delegierte **Poisson** den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Konsumgenossenschaften seit 1924 bis heute erstattet hatte, versuchten verschiedene **kommunistische** Delegierte **einen Gegenbericht** anzubringen. Da jedoch die Verlesung desselben **von der Versammlung** abgelehnt wurde, stimmten die Kommunisten die Internationale an, sodaß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

Die Kämpfe in China

Hankau, 28. Mai. Nichtamtliche Nachrichten bestätigen die Meldungen, nach denen die Nationalisten schwere **Verluste**, die man **auf 14 000 Mann** schätzt, in Honan erlitten hätten, wo sie sich gegenüber der Nordarmee im Rückzuge befinden. Weitere Verstärkungen treffen hier ein. Der Kampf sei noch im Gange, weil eine endgültige Niederlage der Nationalisten in der Provinz Honan die Räumung Hankaus notwendig machen würde.

Die Frauen von Tannò

Roman von Ernst Zahn

25 (Nachdruck verboten)

Romedi hatte den Ort des Stelldicheins, auf den Zehen gehend, erreicht. Das Schleichen war ihm fremd und verhaßt. Sonst war sein Gang fest und aufrecht gewesen, und seine Wege hatten am hellen Tag gelegen. — Aber — er mußte — mußte, es zog ihn wie mit Seilen, daß er tat, was er tat.

Dann hing ihm die Berta am Halse. Da war alles vergessen. Als sie einander nahe waren, nach allen Hindernissen einander wieder besassen, schlug ihre Liebe als eine so hohe Flamme auf, daß sie auf Augenblicke jedes Bedenken und jede Angst überglänzte. In des Mädchens schmiegsamem Körper schienen alle die Geschehnisse der letzten Zeit nachzubeben. Sie tastete mit den Händen, Halt suchend, nach denen des Klemens. „Siehst du — siehst du," sagte sie, „sie treiben uns auseinander."

„Sie — sollen nicht," flüsterte er mit engem Atem zurück.

„Was sollen wir tun?" fragte sie. Dann klagte sie wieder in kurzer, abgebrochener Rede, wie es ihre Art war: „Wie sie gelästert haben! Und der Vater! Du hättest ihn hören sollen — und — wie die Hunde fallen sie hier im Dorf über einen her."

Er suchte sie zu beruhigen: „Laß nur! Am Ende kann uns niemand hindern! Laß uns beraten, nachdenken."

Plötzlich kam ihr ein Einfall. Sie nahm ihn auf und gab ihn in derselben heißen Hast weiter: „Wir müssen aus dem Gerede kommen, Klemens. Du mußt heiraten."

Er verstand sie nicht.

Sie fuhr in sich überstürzenden Worten fort: „Marianne Camenisch, die sie dir immer zuhaben wollten. Nimm sie, Klemens; ich — es ist — so geht es nicht weiter."

Er sah sie noch immer ganz verwirrt an. Und dann, während sie wieder schwieg und sich nur in seinen Arm nestelte, geschah ihm etwas Seltsames. Das Bild der großen, blonden Marianne stand plötzlich vor seinen Augen. Man hatte ihn von Jugend auf mit ihr geneckt. Seine eignen Leute hätten es immer gern gesehen, wenn er sie genommen hätte. Der Gedanke an seine eigenen, wackeren Leute, mit denen er sonst Frieden gehabt, rief ihm die Erinnerung zurück, wie früher — überhaupt alles voll Frieden gewesen war. Keine Unrast, keine Gewissensbisse und Heimlichkeiten! Immer ein gerader, ehrenwerter Weg! Ein heißes Verlangen nach dem, was gewesen war, packte ihn blitzähnlich. Der Vorschlag der Berta erhielt für einen Augenblick etwas, was ihm Wert gab. Er sann darüber nach und vergaß zu antworten.

Eine Weile standen sie in lockerer Umarmung, jedes benommen von Gedanken. Klemens überlegte aber wirklich, wo Vor- und Nachteile ab, stritt mit sich selbst, jetzt etwas wie Erleichterung fühlend im Gedanken, daß die friedsame Zeit von einst wiederkommen könnte, jetzt wie unter einem Messerstich zusammenzuckend, da er sich vorstellte, daß er die Berta verlieren müßte.

Das Mädchen, das den Vorschlag gemacht, hatte andere Erwägungen. Ja, wie ihr sprunghaftes Wesen ihn ihr eingab, hatte sie ihn getan. Sie sah in ihm einen Ausweg, der die Spürnasen ablenkte, den einzigen, der ihr möglich schien. Aber das andere, daß Klemens ihr selbst dadurch verloren ginge, überlegte sie nicht. Er blieb im Dorf, in der Nähe, sie konnte ihn sehen, wieder freier mit ihm verkehren. Mehr war ihr nicht klar, mehr wollte sie auch nicht klar haben.

So grübelten die beiden, jedes nach seiner Art.

Dann weckte eine Berührung ihre Zärtlichkeit aufs neue. Gedanken und Bedenken gingen unter. Als sie sich trennten, waren sie zu keiner Abmachung und keinem Entschluß gekommen.

Der einen Zusammenkunft folgten andere, ebenso heimliche, bei denen die Liebe die Gewalt hatte, aber auch die Angst vor den Lästerzungen immer wiederkam. Diese Angst wies sie zwanzigmal auf den Plan einer Heirat des Klemens hin. Er bekam Gestalt. Berta förderte ihn aus verzweifelter Verwirrung. Klemens sah in ihm mehr die Rettung aus seiner inneren Zerfallenheit. Während sie indessen von der andern sprachen, die Romedi nehmen sollte, wuchs ihr eigne Leidenschaft.

Es begab sich aber irgendwie, daß Klemens Romedi in diesen Tagen den Verkehr mit der blonden Jugendgespielin Marianne Camenisch wieder aufnahm. Eines Morgens wußte eine der Neuigkeitskrämerinnen von Tannò zu erzählen, daß es im Dorf bald ein neues Brautpaar geben werde.

Und eines andern Tages war es wirklich, waren die beiden großen, schönen, blonden Menschen, Klemens Romedi und Marianne Camenisch, versprochen.

Der Großrat Valer las es mit Befriedigung. Die ehrlichen alten Romedis waren so vergnügt wie seit lange nicht. Klemens täuschte sich selbst und verlebte eine kurze Brautzeit, während welcher er etwas von seiner aufrechten Selbstsicherheit zurückgewann. Nur mied er die Berta, und wenn ihm eine Begegnung mit ihr drohte, fuhr es ihm heiß zu Herzen und ins Gesicht, und mit der vermeintlichen Fassung war es vorbei.

12

Jon Flury, der Pfarrer, hatte im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Klemens Romedi und Berta Valer von der Wucht des menschlichen Blutes gesprochen. Anna Julia Balmott, die dieses Wort gehört hatte, mußte in dieser Zeit viel darüber nachdenken. Es war überhaupt vieles in ihr junges Leben gekommen, was sie beschäftigte. Während sie früher nur den Pflichten ihres kleinen Haushalts und der Sorge um die junge Schwester abgelegen hatte, wurde sie jetzt mehr und mehr in das Leben des ganzen Dorfes hineingezogen. Die Leute kamen ihr nahe, fast wie ihrem Vater, seine Kranken einst nahe gekommen waren. Sie hatte etwas Sorgerhaftes in ihrem Charakter, das zeigte sich jetzt, da das Sorgen aller derjenigen, denen sie täglich begegnete, sie beschäftigte. Sie hatte die Justina Figi betreut, die Liebesgeschichte der Berta Valer gab ihr zu denken, und eines Tages bekam sie mit der schwerkranken Stina Wolf zu tun. Inzwischen aber vergaß sie der früheren Pflichten nicht, nahm sich nach wie vor treulich Wieses an und gewahrte in diesen Tagen, daß diese im Begriff stand, das Kind abzustreifen, und zwar schien es, als ob Wiese gerade seit dem Versammlungsabend im Schulhaus zu eigenem Denken erwacht sei. Sie begann mit Anna Julia über die Vorkommnisse des Dorfes zu reden und rechnete mit ihr über Für und Wider des Bundes, den die von Tannò geschlossen hatten. Sie zeigte dabei bald eigenen Willen und eigenes Urteil.

„Wir Balmottschwestern stehen im Bunde, wie es recht ist," sagte sie, „aber ich weiß nicht, ob ich nicht wie die Berta Valer wäre, wenn ich mein Herz an jemand verlöre. Ich habe keine Veranlagung zur Heldin. Das steht dir eher, Anna Julia. Ich würde vielleicht einsehen, daß das Opfer nötig, daß es schön, daß es groß ist, und würde eben darüber zugrunde gehen."

Das müde weiße Gesicht bekam bei diesen Worten Farbe, es war, als ob Marmor von innen sich erwärmte. Die Augen verdunkelten sich und waren voll eines verborgenen Feuers.

Anna Julia betrachtete sie, und das Herz klopfte ihr. Sie fühlte eine unbestimmte Beklemmung, wie die Wirkung einer unbekannten geheimnisvollen Macht. Dann fiel ihr Jon Flurys Wort wieder ein: „Kein Meer schlägt so wuchtige Wellen wie das menschliche Blut." Es wurde ihr Angst um Wiese. Sie legte den Arm um sie und suchte den tiefen Eindruck wegzuscherzen: „Sei nicht so tragisch, Nestkücken." Aber sie fühlte bei der Berührung, daß Wiese heimlich vor innerer Erregung zitterte. Da erschrak sie zum zweitenmal. Sie selbst kannte die Erregung noch nicht und ahnte doch irgendwie, daß auch sie sie erleben würde. (Forts. folgt.)

Sozialdemokratischer Parteitag

Fünfter Verhandlungstag (Freitag)

(Schlußsitzung)

Die Sitzung des Parteitags wird um 9 Uhr eröffnet. Es wird zunächst der **Bericht der Beschwerdekommission** entgegengenommen, sowie auch das Resultat der **Wahl zum Parteivorstand** und zur Kontrollkommission festgestellt hat. Beide Instanzen sind in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt und zwar haben erhalten:

Als Vorsitzender **Wels** 298, Hermann **Müller** 332, **Crispien** 285.

Als Kassier: **Barthels** 352, **Ludwig** 318.

Als Sekretäre: Genossin **Juchacz** 342, **Stelling** 347, **Dittmann** **Vogel** 371 (Bravo!), **Westphal** 272.

Als Beisitzer: **Molkenbuhr** 284, Adolf **Braun** 294, **Hilferding** **Moses** 257, Genossin **Nemitz** 256, Genossin **Roneck** 241, **Frank** **Hildenbrand** 260, **Schultz** 271, **Stahl** 244, **Stampfer** 263.

Bei der Wahl der **Kontrollkommission** erhielten Stimmen: Lore **Lowes** 248, **Bock** 338, **Brey** 305, **Brühner** 311, **Hengsbach** 313, Löbe Hermann **Müller-Lichtenberg** 307, **Schönfelder** 289, **Treu** 275.

Grothewohl berichtet dann über die Behandlung von Einsprüchen wegen erfolgter **Ausschlüsse aus der Partei** und gibt dabei den Beschluß des Parteivorstandes bekannt, daß die Entscheidung des Parteivorstandes nur in Fällen, in denen eine Schädigung der Organisation zu erwarten ist, angerufen werden möge und daß im übrigen die Genossen im Lande alle Ausschlußanträge nach Möglichkeit ordnungsmäßig in ihren Bezirken durchführen sollten. Von der Anwendung des § 28 Ziffer 5 des Statuts sollte nur in den äußersten Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. (Zustimmung.) Im übrigen werden sämtliche eingelegten Einsprüche von der Kommission unter Zustimmung des Parteitages zurückgewiesen. Es folgt nun das

Referat über die Sozialistische Arbeiterinternationale.

Genosse Crispien:

Es gibt gegenwärtig noch keine allumfassende Internationale der Arbeiter und die Wirkungsmöglichkeiten der Sozialistischen Arbeiterinternationale sind beschränkt. Organisatorisch ist unsere Internationale hauptsächlich auf Europa begrenzt. Ideell ist sie bedroht durch die Zersplitterung des Proletariats.

Was die **ideelle Beschränkung** der Internationale anbetrifft, so habe die **englische Unabhängige Arbeiterpartei** angeregt, die Exekutive soll die Möglichkeit der **Einigung mit Moskau prüfen.** Die Kommunistische Arbeiterinternationale hat diese Anregung **abgelehnt** und so muß sich unsere Exekutive darauf beschränken, mit 247 gegen 11 Stimmen der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands die Aussichtslosigkeit dieses Versuchs festzustellen. In der Tat: Je weiter sich die Bolschewisten, nach rechts entwickeln, desto wütendere Angriffe richten sie gegen die Sozialisten, um damit **ihren enttäuschten** Massen den Rechtsabmarsch zu verschleiern. (Sehr wahr!) Die Garantie der internationalen Einigung bleibt daher der **Aus-der Sozialistischen Arbeiterinternationale.**

Und nun von den **praktischen Erfordernissen des Tages ausgehen:** Da stand natürlich der **Kampf gegen den Friedensschluß** im Vordergrund. Selbstverständlich konnten wir in den letzten Jahren keine rein sozialistische Friedenspolitik treiben, aber wir haben doch auf die bürgerlichen Staaten eingewirkt. Augenblicklich deutlich in Deutschland, Frankreich und England die Reaktion so stark, daß sich die verwerflichen Folgen auch auf außenpolitischem Gebiet von Tag zu Tag mehr bemerkbar machen. Die internationale Entspannung stockt und ihre Fortführung ist sogar überhaupt gefährdet.

Auch die **Demokratisierung des Völkerbundes** setzt die Demokratisierung der **Staaten** voraus, die ihm angeschlossen sind. Soll der Völkerbund ein **Bund der Regierungen** bleiben, oder ein **Völkerparlament** werden, oder ein **internationales Parlament?** Diese Fragen stehen eng zusammen mit der Durchführung seiner Beschlüsse und seiner **Machtinstrument,** das ihn sicherstellt. Hinzu kommt besonders noch die Frage, unter welchen **Voraussetzungen** Sozialisten in eine Delegation hineingehen sollen, die von ihren Regierungen zum Völkerbund entsandt werden. Eine grundsätzliche Ablehnung kommt nicht in Frage. Aber die Parteien der in Betracht kommenden Länder müssen prüfen, wie weit die Voraussetzungen für eine ersprießliche Arbeit im Sinne des Sozialismus gegeben sind. Endlich wird bei einer späteren Tagung der Internationale zu erörtern sein, ob man im Völkerbund eine sozialistische Fraktion bilden kann.

Zu den **Fragen der Abrüstung,** der **Wehrhaftmachung,** des **Militarismus, Krieg und Frieden** hat die Internationale eine Abrüstungskommission eingesetzt. Bekanntlich hat die Abrüstungskommission des Völkerbundes mit einem völligen Nichterfolg geendet, weil es sich bei ihr noch gar nicht um Abrüstung, sondern um die Einschränkung weiterer Rüstungen handelte. Die Frage der Abrüstung kann nur gelöst werden durch erfolgreiche Kämpfe der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Den Kampf gegen die Rüstungen und Kriege müssen wir positiv führen als **Kampf für die internationale Verständigung und den Frieden.**

Ueber die Frage, **was bei Gefahr oder Ausbruch eines Krieges geschehen soll,** lassen sich nur allgemeine Grundsätze aufstellen. Es trifft nicht zu, daß der **Internationale Gewerkschaftskongreß** in Rom und der **Weltfriedenskongreß** im Haag im Juni 1922 den Beschluß gefaßt hätten, im **Kriegsfalle den Generalstreik der Arbeiter** zu proklamieren. Man hat den Generalstreik nur immer als Mittel zur Abwendung der Kriegsgefahr betrachtet, aber nicht wie vorgeschlagen für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbricht. Das war vernünftig. Denn wenn man auch in Rom sehr stolz auf die 24 Millionen organisierter gewerkschaftlicher Arbeiter hingewiesen hat, so hat man doch nachher weder gegen den Krieg in Marokko noch gegen die Truppensendungen nach China den Generalstreik proklamiert. Ich klage deshalb niemand an. Ich sage es nur, um vor der Erweckung von Illusionen zu warnen, die nachher kein Mensch erfüllen kann.

Eine neue überaus lehrreiche Erscheinung ist der **Faschismus.** Sein Sieg war nichts anderes als der **Sieg der Kontrerevolution.** Sich mit dem Faschismus auseinanderzusetzen ist unmöglich, da er lediglich die Methode der Gewalt anwendet. Es zeigt sich aber, daß der Faschismus unterdrückt werden kann, wenn eine **Abwehrorganisation** vorhanden ist, die wir in Deutschland im **Reichsbanner** haben. (Sehr wahr!) Trotzdem dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß er die **bewaffnete Macht des Kapitalismus** bildet, um bei einer drohenden Auseinandersetzung die **Arbeiterklasse niederzuschlagen.** Wir haben einen **Matteottifonds** gegründet zur Unterstützung der Länder ohne Demokratie. Kurz vor dem Parteitag haben wir eine Kommission gebildet, die den politisch Verfolgten und Gefangenen Hilfe bringen soll. Noch immer werden **Sozialisten** von den **Bolschewisten** in Rußland **verfolgt.** An eine Einigung mit der Kommunistischen Internationale kann überhaupt nur ernsthaft gedacht werden, wenn **vorher in Rußland der Terror gegen die Sozialdemokratie eingestellt wird.** (Lebhafte Zustimmung.)

In Paris haben wir einen sehr interessanten Bericht über die **Taktik der Sozialdemokraten in China entgegengenommen.** Wir waren erfreut über den wahrhaft marxistischen Geist, von dem die chinesischen Kampfgenossen erfüllt sind. Seit 1925 gehören die Genossen in China der Internationale an. Sie unterstützen die nationale Evolution in China mit allen Mitteln. Sie verzichten zunächst darauf, eine sozialistische Idee zu vertreten, weil es vor allen Dingen darauf ankommt, daß China seine **nationale Selbständigkeit** erkämpft. Erst dann kann der Kampf gegen die chinesischen Kapitalisten beginnen. Umsomehr sind die Methoden des Bolschewismus in China zu verurteilen.

Der Bericht über die **Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale** umfaßt alle Probleme, die der Internationale von der Sozialdemokratie gestellt werden. Wir setzen uns mit allen Grundproblemen ernst und sachlich auseinander. **Denn wir glauben unerschütterlich an die Sieghaftigkeit der internationalen Sozialdemokratie. Die Begeisterung für unseren Kampf gewinnen wir aus der Ueberzeugung, daß die sozialistische Internationale für die Wohlfahrt der Menschheit arbeitet.** (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Der Parteitag nahm nach dem Referat eine **Resolution** zugunsten Sacco und Vanzetti an. Hierauf gaben **Vertreter des besetzten Gebietes und des Saargebietes** Erklärungen ab. Namens der Delegierten der noch besetzten rheinischen Gebiete erklärte

Genosse **Pickert-Koblenz:** Ich stelle mit Genugtuung fest, daß die Besserung in der Lage des besetzten Gebietes von der gesamten Einwohnerschaft des Rheinlandes als ein Erfolg sozialdemokratischer Politik gebucht wird. Wir bedauern tief, daß die an die Namen Locarno und Thoiry geknüpften Hoffnungen enttäuscht wurden. Deshalb fordern wir mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale und insbesondere mit unseren französischen Genossen, in deren Namen auf dem Parteitag der Genosse Brache sprach, ein **starkes Bekenntnis zu unserer Friedenspolitik** und besonders zur **Räumung der Rheinlande,** die baldige **Zurücknahme der Besatzung** ohne die Auferlegung neuer wirtschaftlicher Lasten und ohne daß die Hoheitsrechte der deutschen Republik durch irgend welche Kontrollmaßnahmen eine Einschränkung erfahren. Die Delegierten des besetzten Gebietes wissen sich in allen das Land betreffenden Fragen einig mit der großen deutschen Sozialistischen Partei.

Genosse **Gerhard** gab eine eingehende Schilderung der Verhältnisse im Saargebiet. 99,9 Prozent der Saareinwohner werden, wenn es wirklich zur Abstimmung kommt, für Deutschland stimmen. „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!"

In der Debatte sprachen die Genossen **Haubach-Hamburg, Breitscheid** und **Petrich-Gera.** Haubach empfahl, daß die S.A.I. in China eine Initiative ergreife, um eine sozialistische Bewegung zu fördern.

Breitscheid polemisierte gegen eine Resolution Groß-Thüringens, die Kritik an der auswärtigen Politik der Reichstagsfraktion übt. Petrich verteidigte diese Entschließung mit der These, daß es eine Illusion sei, im Kapitalismus friedliche Tendenzen zu suchen.

Im **Schlußwort** erklärte Genosse **Crispien:** Die beste Unterstützung für die Völker und Arbeiter ist der geschlossene **Kampf des europäischen Proletariats gegen die Reaktion.**

In der **Abstimmung** wird die Resolution Breitscheid-Crispien einstimmig angenommen. Es folgte nun der Bericht der Agrarkommission, den Genosse Georg **Schmidt** erstattete. Sein Bericht klingt aus mit den Worten:

„Die Kommission hat den Wunsch, daß der Parteitag einstimmig das Agrarprogramm unter Verzicht auf jede Debatte annehmen möge. Dann hinaus auf das flache Land für den Sozialismus mit dem Agrarprogramm des Kieler Parteitages."

Die Vorlage der Kommission wird einstimmig **angenommen.**

Damit sind die Arbeiten des Parteitages beendet. Nach einer begeisterten Schlußansprache des Genossen Otto **Wels** schloß der Parteitag mit **brausenden Hochrufen auf die Internationale Sozialdemokratie und dem Gesang des Sozialistenmarsches.**

Schluß des Parteitages 13 Uhr 20.

Vergessen Sie bitte nicht unsere neue Adresse Waldstraße 28 Fernruf 7020/21

★

Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H.

Die holländischen Gemeindewahlen

Amsterdam, 27. Mai. (Eig. Bericht.) Wenn man in Betracht zieht, daß bei den Gemeindewahlen im Mai ds. Js., die am Mittwoch vor Himmelfahrt ihr Ende fanden, **alle bürgerlichen Parteien geschlossen der Sozialdemokratie gegenüberstanden** und daß namentlich in den **Großstädten** mit den demagogischsten Wahllügen Verwirrung unter der Wählerschaft zu stiften versucht wurde, so kann man die jetzigen niederländischen Gemeindewahlen unter allen Umständen als einen **Erfolg der Partei** bezeichnen, auch wenn man es schmerzlich empfinden muß, daß gerade in **Amsterdam,** der Hochburg der niederländischen Arbeiterbewegung, ein Sitz verloren ging.

Betrachtet man die Stimmenziffern der Großstädte, dann liegen die Verhältnisse für die Partei wesentlich günstiger. In **Amsterdam** betrug die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindewähler bei den vorigen Wahlen 1923 89 400. Bei der Landtagswahl im April d. J. brachte die Partei in Amsterdam 96 300 Stimmen auf und jetzt im Mai bei den Gemeindewahlen schenkten ihr 103 000 Wähler ihr Vertrauen. Diese Ziffer bleibt mithin nur noch um 10 000 hinter der Stimmenzahl der Kammerwahlen im Juli 1925 zurück, sodaß die Entwicklung wieder aufwärts geht. Auch in **Rotterdam** stieg die Zahl sozialdemokratischer Wähler von 69 400 bei den Gemeindewahlen 1923 auf 72 700 bei den Landtagswahlen im April d. J. und 79 400 bei den jetzigen Gemeindewahlen, im **Haag** von 44 900 bei den Gemeindewahlen 1923 auf 49 100 bei den Landtagswahlen im April d. J. und 52 900 bei den jetzigen Gemeindewahlen. Gerade in dieser Hof- und Beamtenstadt will diese Steigerung viel besagen. In **Utrecht** wurden bei den Gemeindewahlen 1923 16 900, bei den Landtagswahlen im April d. J. nur 15 800, dagegen bei den jetzigen Gemeindewahlen 17 900 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Das Ergebnis der Gemeindewahlen im Lande ist im allgemeinen sehr gut gewesen.

Als Ganzes betrachtet sind auch diese Gemeindewahlen ein Erfolg der unermüdlichen Werbearbeit wie der im Interesse der gesamten minderbemittelten Bevölkerung liegenden Gemeindetätigkeit der niederländischen Sozialdemokratie gewesen. Die Partei tritt die neue Session der Gemeindearbeit mit einem neuen Programm an, das der Utrechter Osterparteitag einstimmig gutgeheißen hat. Sie wird dadurch umsomehr Gelegenheit haben, ihre frische Initiative aufs neue in den Gemeinden zum Siege zu führen, und sie kann nach den beiden Wahlschlachten dieses Frühjahres, den Landtags- und Gemeindewahlen, getrosten Mutes in die Zukunft schauen.

Die 33. landwirtschaftliche Wanderausstellung in Dortmund

Diese Ausstellung, die vor vierzig Jahren von dem bekannten Forscher und Ingenieur Max Eyth begründet wurde und in dieser Zeit bereits in 33 deutschen Städten der verschiedensten Gaue Vielseitigkeit und Hochwertigkeit deutscher Landwirtschaft und Erzeugnisse Zeugnis ablegte, ist in diesem Jahre nach Dortmund, dem Herzen der westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie gekommen und wurde Dienstag, 24. Mai, von den Vertretern der Partei- und Staatsbehörden, der Industrie- und Landwirtschaftsverbände eröffnet. In einer Reihe von Reden wurde immer wieder die Zusammengehörigkeit von Industrie und Landwirtschaft betont, deren Spitzenleistungen die Ausstellung in würdiger Weise zeigt. Ein einziger Rundgang durch das fahnenüberwehte Gelände der Ausstellung liefert den Beweis für diese Behauptung. Nicht nur das gemeinsame Interesse der Industrie und Landwirtschaft soll die Ausstellung zeigen, auch das Verständnis des Industriearbeiters für die Arbeit des Landwirts soll die Ausstellung fördern und weiter dem Landwirt, der zum Besuch der Ausstellung in die Zentren der Industrie kommt, einen Begriff von der Arbeit des Industriearbeiters geben. Daß dieses Verständnis so weit gehe, daß auch die andere politische Konstellation des Industriearbeiters verstanden und respektiert wird, bleibt vorläufig nichts als ein schöner Wunsch; denn ob Dortmund auch eine Ausnahme ist, in der bei allen Wahlen bis zu 80 Proz. republikanische Stimmen abgegeben werden, haben fast alle Aussteller, sofern sie überhaupt eine gleichgültige Reklameflagge aufgezogen haben, die Schwarzweißrot Flagge gehißt.

Schon als Dank gegen die gastgebende Stadt Dortmund, die sich sicher gescheut hat, dem Ausstellungsplatz durch lange vorbereitete gärtnerische Anlagen ein würdiges und freudiges Aussehen zu geben, die ihre erholungsbedürftigen Kinder für die Zeit der Ausstellung nicht in ihre Waldschulen schickt, um genügend Straßenbahnwagen zur Verfügung ihrer Gäste halten zu können und durch eine umfangreiche Verkehrsregelung tief in das Eigenleben der Bürger eingreifen mußte, sollte man auf solche Provokationen verzichtet haben. Hinzu kommt, daß die engagierten Musiken, unter denen auch eine **Reichswehrkapelle** ist, anscheinend keine anderen Melodien als den **Fridericusmarsch** und Stolz weiß-rot-gelb **Flagge Schwarzweißrot** kennen, die von Zeit zu Zeit durch das Republikanisch sanktionierte Deutschlandlied unterbrochen werden. Abgesehen von diesen Entgleisungen kann man die ganze Ausstellung mit gutem Gewissen als wohlgelungen bezeichnen. Es ist vor allem eine Fülle landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte zu eingehender Besichtigung. Die in zahlreichen Stallzelten untergebrachten Zuchttiere, Pferde, Kühe, Schweine und Geflügel sind ein Beweis für die unendliche Mühe, mit der der deutsche Landwirt seinen Besitz zu veredeln und ihn ertragreicher zu machen sucht.

Riesige Erntemaschinen wohlbekannter deutscher Firmen (Lanz-Mannheim und Wolf-Magdeburg und Krupp, der sich seit dem Kriege auf die Herstellung friedlicher Werkzeuge legte), bieten sich in unübersehbarer Folge dem Besucher dar, aber auch Ford ist mit ausgezeichneten immer wieder bewunderten Motorpflügen vertreten, die aus dem Felde zu schlagen den deutschen Firmen, trotz der billigen Arbeitskräfte, die ihnen immer noch zur Verfügung stehen, schwer fallen wird. In besonderen Hallen wird die Verarbeitung der Milch, dieses wichtigsten aller landwirtschaftlichen Produkte in modernen Milchöfen und in kleinen elektrifizierten Eigenbetrieben gezeigt. Gartenprodukte edelster Qualität zeigen die Gärtnervereine an anderer Stelle. Auch für den Anbau von Mais, der in Deutschland durchaus anbaufähig ist, wird Propaganda gemacht. Nicht weit davon wird die Notwendigkeit organisatorischen Zusammenschlusses auch für den Landwirt bewiesen. Und zwar an Hand von Tabellen, die die Beitragsleistung der Handarbeiter in ihren einzelnen Verbänden aufzeigen.

Eine viel beachtete Halle gibt der modernen Unfallverhütung in der Landwirtschaft Raum und es wäre zu wünschen, daß alle hier gezeigten praktischen Vorrichtungen auch wirklich und überall zur Anwendung kämen, um zu bekunden, daß dem Landwirt nicht nur die Gesundheit seiner Tiere, sondern auch die Erhaltung der Arbeitskraft seiner Helfer am Herzen liegt. — Ein Dorfkino, das gut besucht wird, gibt die Möglichkeit, auch in kleinsten Orten industrielle und auch belehrende Filme vorzuführen.

Eine besondere Stellung nimmt der von den vereinigten Elektrizitätswerken Westfalens erbaute Elektrohof auf der Ausstellung ein. In diesem Gebäude werden in sinnvoller Zusammenstellung alle Apparate gezeigt, die in einem modernen Haus- und Landwirtschaftsbetrieb mit elektrischer Kraft betrieben werden können. Das beginnt beim Staubsauger, geht über zum elektrisch geheizten Badeofen, zeigt Heulader, Stallreiniger, Milchkühler und hört beim elektrischen Melkapparat und der mit der gleichen Kraft betriebenen Fellbürste noch nicht auf. Daß eine besondere Anlage ständig für heißes Wasser sorgt und auch das Klavier elektrisch betrieben wird, ist heute selbstverständlich. In diesem Elektrohof staunen sich selbstverständlich die Massen, da ja auch der Arbeiter von diesen Darbietungen manche brauchbare Anregung erhält.

Eine andere Abteilung zeigt den Industriearbeiter als Kleingärtner. Sie gibt dem kleinen Manne, der seinen Schrebergarten oder seinen zum Siedlungshause gehörenden Garten behegt, manches gute Beispiel. Von da zur Hühnerausstellung ist nur ein Schritt und auch hier sind es vielfach Proletarier, die eine erstaunliche Fachkenntnis beweisen und fast jede Rasse kennen, wodurch ihre in langer Versklavung noch nicht erloschene Liebe zum Kleintier angenehm bewiesen wird. Nicht ohne Wehmut sieht man wie die jungen Küken, die in Brutöfen sozusagen am laufenden Band ins Leben gerufen werden, vergeblich nach ihrer Mutter suchen, die sie nie unter ihre warmen Fittiche nehmen wird. Als Muttersatz stellt man ihnen eine künstliche Glucke aus Eisen mit Temperaturregler in den Auslauf.

Wer seinen Rundgang durch die bemerkenswertesten Ausstellungsstände abgeschlossen hat und keine Lust verspürt, in einem riesengroßen Bierzelte sein Geld zu verzehren, geht zum großen Vorführungsring, in dem an allen Tagen das beste Material deutscher Warm- und Kaltblutgestüte vorgeführt wird und wo auch die ländlichen Reitervereine in schönen Quadrillen und Sprungstücken ihre gepflegte Reitkunst zeigen. Daß all diese zahlreichen Darbietungen, diese Zelte und festen Bauten, Straßen und Anlagen, Maschinen und Tiere in so kurzer Zeit erstehen konnten, ist nicht das Verdienst der Organisatoren allein, die heute stolz das Geleistete zeigen, sondern vor allem das Verdienst der vielen unscheinbaren Helfer, die ihre ganze Kraft ohne Aussicht auf Anerkennung, ohne Aussicht auf anderen Lohn als die Befriedigung ihrer kärglichen Bedürfnisse, in den Dienst der Sache stellten. Das sind die, von denen auf dieser Ausstellung nur selten gesprochen werden wird, die Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie.

Erich Grisar.

Theater und Musik

Badisches Landestheater Karlsruhe. Die erste Wiederholung der beiden Opern von Hugo Röhr „Coeur Dame" und „Frauenlist", findet am Montag, den 30. Mai, statt. Am Mittwoch, 1. Juni, wird Mozarts „Entführung aus dem Serail" aufgeführt. Am Freitag, 3. Juni, geht Mozarts „Zauberflöte", mit der bekanntlich die diesjährige Spielzeit eröffnet wurde, in Szene. Für Pfingstsonntag, 5. Juni, wird Richard Wagners „Meistersinger von Nürnberg", und für Montag, 6. Juni, Boieldieus komische Oper „Die weiße Dame" vorbereitet.

Aufführung der Neunten Symphonie in der Pariser Großen Oper. Den Höhepunkt der verschiedenen Beethovenfeiern in Paris bildete am Donnerstag die Aufführung der Neunten Symphonie in der Großen Oper unter Leitung des Kapellmeister Oskar Fried aus Berlin. Fried erzielte vom zweiten Satz ab eine sich steigernde Anerkennung, die zum Schluß in einer minutenlang dauernden Ovation endete. Die Große Oper war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Aufführung wohnten u. a. Unterrichtsminister Herriot und Kriegsminister Painlevé bei.

„Musik im Leben der Völker". Internationale Ausstellung und 4. Musikfachausstellung des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer. Franz Philipp wurde von der Stadt Frankfurt a. M. eingeladen, auf der eigens für die Internationale Musikausstellung in Frankfurt von der Orgelbaufirma Walker in Ludwigsburg ausgestellten Orgel ein Orgelkonzert zu spielen mit Werken von Max Reger und Franz Philipp.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Das Schicksal der Wahlrechtsvorlage für den Landtag

Von A. Weißmann, M. d. L.

Die erste Lesung des „Gesetzentwurfes über eine 4. Aenderung des Landtagswahlgesetzes", wie die eigentliche Ueberschrift zur Vorlage lautet, konnte am Dienstag noch nicht zu Ende geführt werden; dazu lagen noch zu viele Anregungen und auch mehrere **Anträge** vor. Aber die einen vollen Tag in Anspruch genommene allgemeine **Aussprache** hat doch eine ungefähre Uebersicht über das Schicksal dieser Wahlrechtsvorlage ergeben: **Sie wird angenommen werden!** Und damit werden die Landtagswahlen ab 1929 nach einem anderen Modus stattfinden. Es wird sich dann — auch für die **Sozialdemokratie** — zeigen, wie der Ausgang dieser Wahlen sein wird. Im Verfassungsausschuß gab man der wohl zutreffenden Auffassung richtigen Ausdruck, daß die Wahlbeteiligungsziffer unter die 54 Prozent der letzten Landtagswahl nicht mehr sinken werde. Dazu soll eben die Aufteilung des Landes in 22 Wahlkreise dienen, um einerseits den einzelnen Wähler mehr für den Kandidaten zu interessieren und andererseits den Kandidaten gewissermaßen zu zwingen, den Wahlkreis zu erobern.

Darüber wird noch des öfteren zu reden sein! Die Sozialdemokratie muß an sich jedes Mittel benützen, um die persönliche Anteilnahme des Volkes an den politischen Geschicken des Landes zu steigern. Mit einer trägen, gleichgültigen Wählermasse läßt sich keine fortschrittliche Politik machen.

*

Wenn man die **Verhandlungen** des **Verfassungsausschusses** resumiert, dann wäre festzustellen, daß die beiden großen Parteien: **Zentrum und Sozialdemokratie,** vorbehaltlos zustimmten und auch die **Demokraten** trotz einiger Bedenken sich zu der Vorlage bekannten. Den größten Widerstand aber erfuhr sie von der **Deutschen Volkspartei,** weil diese im badischen Oberland — ab Rastatt — in keinen Kreis einen Abgeordneten durchbringt, und weil ihr an der Vorlage nicht gefällt, daß keine Erhöhung des Wahlalters und keine Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten vorgesehen ist. Sie verlangt **Wahlkreisverbände** nach der geographischen Abgrenzung der Landeskommissariatsbezirke und Einteilung in 24 Wahlkreise. Staatsrechtslehrer sollen prüfen, ob dieses Verlangen mit § 25 der Verfassung unvereinbar sei. Im wesentlichen wird aber mit der Bildung von Wahlkreisverbänden nichts geändert; die Volkspartei bekäme in **einem** Kreise des Oberlandes einen Sitz. Ob der Verfassungsausschuß bezw. seine Mehrheit hierwegen den deutschvolksparteilichen Antrag akzeptiert, scheint zweifelhaft.

Den **Deutschnationalen** gefällt an der Vorlage nicht, daß die **Landesliste beseitigt** wird. Der Wähler weiß nicht, so sagte ihr Sprecher, wohin seine Stimmen kommen, wenn die von ihm gewählte Partei unter 10 000 Stimmen erhält. In einem Antrag verlangte er: „Diese Stimmen werden den auf einer **Landesliste** vorgeschlagenen Bewerbern gemäß ihrer Reihenfolge zugeteilt." Aber die Abschaffung der Landesliste erfolgt gerade deswegen, um den Bezirks-Wahlkreisen die Wahl ihrer Abgeordneten zu sichern.

Die **Demokraten** haben in 5 Punkten Ergänzungen oder Aenderungen beantragt; in der Debatte fanden ihre Vorschläge wenig Gegenliebe. Gleichwohl werden die Demokraten als Koalitionspartei der Vorlage zustimmen. — Am eindrucklosesten operierten die **Kommunisten.** Ihr Sprecher bezeichnete die Vorlage als das Mittel, die politische Vorherrschaft des Zentrums in Baden zu sichern; er glaubte mit diesem Argument sie abgetan. Mit Recht wies der ihm folgende **sozialdemokratische** Redner auf die Nutzanwendung für die **Nichtzentrums-Parteien** hin; da diese es in der Hand hätten, die befürchtete Uebermacht des Zentrums nicht eintreten zu lassen, indem sie ihre Wähler und Anhänger zahlreich zur Urne führten. Im übrigen ist hinreichend nachgewiesen, daß auch **Arbeiter** in großer Zahl bei den Oktoberwahlen 1925 **nicht** gewählt haben. Da wäre es doch für eine **Arbeiterpartei,** als welche sich die Kommunisten stets in hohen Tönen aufspielen, der Prüfung wert, woher dies kam! Das haben aber die Kommunisten nicht notwendig. Ihr Vertreter erklärte lediglich: „Wir lehnen die Vorlage ab und bringen im Plenum den Antrag ein, das jetzige Wahlsystem beizubehalten." Bei dem bekannten Glück auf Annahme ihrer Anträge werden die Kommunisten damit einen „glänzenden" Erfolg erzielen.

Inzwischen schälte sich bei dieser Aussprache immer mehr die Notwendigkeit heraus, dem Unfug der **Splitterparteien** und **Splittergruppen** zu steuern. Deshalb wurde der Antrag **Baumgartner-Maier**-Heidelberg eingebracht, „daß solche Wählergruppen, welche weder 10 000 Stimmen in einem Wahlkreise, noch 30 000 Stimmen im ganzen Lande aufbringen, **keinen** Abgeordneten erhalten." Der Landtag wie der Reichstag leiden bei den Wahlen unter dieser Splittersucht der Wähler. Viele tausende von Stimmen sind dadurch den eigentlichen politischen Parteien verloren gegangen, denn es wurden bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 volle 27, bei den letzten badischen Landtagswahlen **22 Wahlvorschläge** eingereicht. Man würde bei der jetzigen Wahlreform viel versäumen, wenn nicht vorgebeugt und die politischen Parteien gegen solche Eigenbrödelei kleiner Wählergruppen geschützt würden. Im Oktober 1925 hat es sogar der sogen. **Häusserbund** gewagt, in Baden mit einer eigenen Liste aufzutreten, auf welche ganze 372 Stimmen entfielen. Der Antrag Baumgartner-Maier ist deshalb durchaus zeitgemäß.

*

So bot die erste Lesung der neuen Wahlrechtsvorlage recht interessante Gesichtspunkte. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zuendeführung der 1. Lesung und dann auch die 2. Lesung die Grundmerkmale wesentlich verschieben. Und im übrigen kann nur immer wieder betont werden: Die **Politisierung** des Volkes muß, wenn auch langsam, erzielt werden. **Ein** Mittel hierzu ist auch die badische Wahlrechtsvorlage; deswegen sollte ihr größtes Interesse entgegengebracht werden.

Gemeindepolitik

Bürgerausschußsitzung in Hagsfeld

Hagsfeld, 26. Mai. Letzten Montag, 23. Mai, fand eine **Bürgerausschußsitzung** mit folgender Tagesordnung statt. 1. Genehmigung des **Verkaufs von Bauplätzen** an 1. Julius Linder, 2. Ad. Leßle, 3. Wilhelm Schmidt zum Preise von 2 ℳ pro Quadratmeter. 2. Genehmigung des Ankaufs des Grundstücks mit Werkstätte von Gustav Linder, Blechnerei zum Preise von 4 000 ℳ zur Errichtung eines Spritzenhauses für die Freiwillige Feuerwehr. 3. Ergänzung des Vertragsentwurfs für die Gewährung von Baudarlehen. 4. Herstellung der Schul- und Friedrichstraße mit Bordsteinen, Rinnenpflaster und Kanalisation.

Zum erstenmal kann festgestellt werden, daß sämtliche Punkte **einstimmige** Annahme fanden. Nach einigen vorgetragenen Wünschen seitens des Bürgerausschusses konnte der Bürgermeister die Sitzung schließen.

Leider müssen wir uns heute wieder einmal mit der **Bürgervereinigung** befassen. In der Nr. 13 vom 2. April ds. Js. der **Karlsruher Bürgerzeitung** steht nämlich ein Artikel, in dem über eine willkürliche Abänderung der Tagesordnung der B.-A.-Sitzung vom 30. März geschwätzt wird, wobei das Bezirksamt über seine Stellungnahme dazu aufgefordert wird. Wir blättern nun seit Wochen in der K.B.Z. nach der Stellungnahme des Bezirksamtes; denn wenn man seinen Lesern vorher in der K. Bürgerzeitung solch eine Sensation auftischt, dann muß man ihnen doch korrekterweise auch den Beschluß des Bezirksamtes mitteilen. Aber bis heute suchen wir vergebens. Allerdings hat ja die **Bürgervereinigung** von Hagsfeld diese Nr. 13 der K. B. **anonym** an das Bezirksamt eingesandt. Zu weiterem hat der **teutsche Mut** dieser Herren wieder versagt. Die Nr. 15 der K.B.Z. befaßte sich nochmals mit der B.A.Sitzung vom 30. März; natürlich sagt man aber den Lesern dieser Zeitung die Wahrheit nicht. Die Fraktion der B.V. stellte nämlich den Antrag auf getrennte Abstimmung über die angeforderten 70 000 ℳ, nämlich 45 000 ℳ für die Gemeindebauten und 25 000 ℳ für private Bauten. Dieses Verlangen lehnte der Gemeinderat ab, da in der Gemeinderatssitzung dieser Beschluß **einstimmig** gefaßt wurde, einschließlich der beiden **Gem.-Räte der B.-V.** So ist in Wirklichkeit der Sachverhalt.

Auf die Anrempelungen in der K.B. bezüglich des Werkmeister **Böhringer** gehen wir zur Tagesordnung über. Unser Genosse Böhringer hat in der B.A.Sitzung bereits geantwortet, während Gem.-Rat **Linder** sich von diesen politischen Gauklern und z. T. ehemaligen Moskaujüngern nicht beleidigt fühlt.

Die neueste Tat der **Bürgervereinigung** Hagsfeld ist ein Schelmenstück, das bisher einzig dasteht. Der Gem.-Rat und Zimmermeister Friedrich **Kastner** machte einen Gang aufs Bezirksamt und versuchte dort die Gemeindebauten als **„Baracken"** hinzustellen, um dadurch die Staatsgenehmigung des Darlehens zu hintertreiben. In der Gem.-Rats-Sitzung gab der Herr vor, er wollte dort nur „anfragen", ob diese Bauten Barackenbauten im Sinne des Gesetzes seien. Ausgerechnet ein **Zimmermeister** muß so etwas fragen, der doch aus den Plänen **wissen muß,** daß es **Fachwerkbauten** sind. Dem Versprechen des Bürgermeisters ist es zu danken, daß nunmehr das Bezirksamt nach Einsichtnahme der Pläne sich davon überzeugen ließ, daß gegen diese Bauten baupolizeilich nichts einzuwenden sei. — Wir möchten dem Bezirksamt übrigens raten, künftig zuerst Einsicht in die Pläne zu nehmen, bevor man Schreiben abgehen läßt, und nicht den Einsprüchen Einzelner sofort Rechnung zu tragen. Die Sache wäre nun nicht schlimm, wenn nicht derselbe Gem.-Rat und Zimmermeister **Kastner auf diese Bauten selbst eingegeben hätte.** Also zuerst versucht man, die Mittel zu hintertreiben und im selben Augenblick reicht man ein Angebot ein. Ob das Unwissenheit oder Bosheit oder sonst etwas ist, das zu entscheiden überlassen wir der Einwohnerschaft von Hagsfeld.

Die **Bürgervereinigung** markiert immer den Wolf im Schafspelz. Sie proklamierte friedliche Verständigung; daß aber ein solch gemeines Vorgehen hinter dem Rücken der Gemeindeverwaltung nicht zur friedlichen Verständigung führt, wird ohne weiteres klar sein. Es wäre besser gewesen, der Gem.-Rat Kastner hätte sich nach dem **angeblichen** willkürlichen Beschluß befragt, anstatt gegen die Gemeindeverwaltung hintenrum zu arbeiten. Trotzdem ist die Vergebung der Arbeiten vor sich gegangen und nur der humanen Einsicht unserer Mehrzahl der Vertreter im Gem.-Rat hat es dieser Herr zu verdanken, **daß er mit zwei Doppelbauten bedacht wurde,** die anderen drei erhielt Zimmermeister Beideck. Die Maurerarbeit wurde an Wolf und Beideck je zwei Doppelbauten, an Erwin Seiter ein Doppelbau vergeben. Wir sind gespannt, wie nun die Bürgervereinigung der Oeffentlichkeit gegenüber sich herausreden wird. Wir werden dann gerne ausführlicher diese „Politiker" noch charakterisieren.

Lahr. Der Bürgerausschuß befaßte sich mit der Festsetzung des Steuerfußes für die städt. Grund- und Gewerbesteuer für das Steuerjahr 1926—27. Der Stadtrat hatte seinen früheren Beschluß in der Umlagefestsetzung umgestoßen und folgende Sätze dem B.-A. zur Genehmigung vorgelegt: 100 ₰ von je 100 RM. Steuerwert des Grundvermögens, 40 ₰ von je 100 RM. Steuerwert des Betriebsvermögens und 750 ₰ von je 100 RM. des Gewerbeertrages. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde der Antrag des Stadtrats mit allen gegen 29 Stimmen **abgelehnt** und ein vom Stadtverordneten-Vorstand vorgelegter Antrag mit Mehrheit angenommen, wonach die Umlage 90 ₰ von je 100 RM. Steuerwert des Grundvermögens, 36 ₰ von je 100 RM. Steuerwert des Betriebsvermögens und 675 ₰ von je 100 RM. des Gewerbeertrags beträgt.

Freiburg. Für die Erdarbeiten des Universitätssportplatzes in Freiburg sind 26 Angebote eingereicht worden. Diese Submissionsangebote weisen eine gewaltige Differenz auf. Sie bewegen sich zwischen 53 649 bis zu 173 607 ℳ. Mehrere der Angebote wurden bei der Prüfung der Offerten wegen offenbarer Ueberforderung ausgeschieden. Mit der Ausführung hat man die Rheinische Hoch- und Tiefbau A.-G.-Mannheim (Filiale Freiburg) betraut. Auf den Wunsch des Arbeitsamtes und der Universität werden zu den Arbeiten in größerem Ausmaß ortsansässige Erwerbslose herangezogen.

Aus aller Welt

Verhaftung des Nationalbank-Kassiers Keßler

Basel, 27. Mai. Der wegen großer Unterschlagungen verfolgte Nationalbank-Kassier Keßler ist in London **verhaftet** worden. Keßler war an Ostern aus Zürich verschwunden. Am Gründonnerstag hatte man auf dem Zürichsee ein **leeres Motorboot** gefunden, das von dem als außerordentlich zuverlässig geltenden Nationalbankbeamten Keßler zu einer Ausfahrt benützt worden war. Anfänglich glaubte man, daß ihm ein **Unfall** zugestoßen sei. Später schöpfte die Polizei Verdacht, setzte sich mit der Leitung der Nationalbankfiliale Zürich in Verbindung und die Revision der unter Keßlers Obhut stehenden Bestände aussortierenden Noten ergab das **Fehlen einer halben Million Franken** in der Hauptsache Tausendernoten. Man hatte auch erfahren, daß sich Keßler kurz vorher einen **Paß** hatte ausstellen lassen. Die Fahndung setzte sofort ein. Sie ergab, daß der Flüchtling nach **England** gereist war, um dort in der Weltstadt London unzutauchen. Nun hat ihn das Schicksal erreicht.

Ein Postdefraudant in Frankreich verhaftet

Bochum, 27. Mai. In Lyon ist heute der im Dezember v. J. flüchtig gewordene Postinspektor **Kattwinkel** aus Bochum **verhaftet** worden, der seinerzeit eine Summe von **345 000 ℳ unterschlagen** hatte. In seinem Besitz fand man nur noch einige hundert Mark. In den nächsten Tagen dürfte seine Ueberführung nach Deutschland stattfinden.

Bergmannslos

Bochum, 28. Mai. Im unterirdischen Betrieb der Zeche Constante verunglückten zwei Bergarbeiter durch Steinschlag tödlich. Beide Opfer hinterlassen Frau und mehrere Kinder.

Schwere Autounfälle

Paris, 27. Mai. Bei einem Autounfall in Tourmont bei Poligny wurden drei Personen getötet, darunter der Grandnaison, der Bruder des rechtsstehenden Abgeordneten; eine geborene Prinzessin Bourbon wurde schwer verletzt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Frankfurt a. M., 28. Mai. Auf einer Baustelle wurde heute vormittag durch einen umstürzenden Ladekran ein Mann lebensgefährlich verletzt. Vier weitere Arbeiter erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Freiwaldau Kreis Sagan, 28. Mai. Gestern wurden in einem neuen, etwa 4 Meter tiefen Tonschacht der hiesigen Dachziegel- und Falzziegelfabrik von Siegbert Sturm, beim Ausheben eines Grabens ein Schachtmeister und ein Arbeiter durch zusammenstürzende Erd- und Brettermassen verschüttet und getötet. Beide waren verheiratet. Ein dritter Arbeiter konnte gerettet werden. Der Einsturz ist anscheinend durch die starken Regengüsse der letzten Tage herbeigeführt worden.

Neuyork, 27. Mai. Infolge einer Explosion in einem Bergwerk der „Viktor American Brennstoff-Gesellschaft" in Delagua (Colorado) wurden fünf Arbeiter getötet.

14 000 Kinder ohne Heim

In der Ukraine wurden nach russischen Pressemeldungen im Laufe des Jahres 1926 nicht weniger als 14 000 Kinder ohne Heim und Elternhaus aufgelesen. Die Zahl der wirklich obdachlosen Kinder ist noch bedeutend größer.

Bestialische Vergewaltigung

In der Hermannstraße in **Hamburg** fanden die Hausbewohner abends im Flur besinnungslos ein **13jähriges Mädchen** auf, das völlig nackt war. Das Mädchen hatte einen Knebel im Munde, außerdem wies es Würgmerkmale am Hals und blutende Verletzungen am Kopfe auf. Im Krankenhaus kam die Kleine wieder zur Besinnung und gab an, beim Betreten des Hauses von einem Manne überfallen, zu Boden geworfen und geknebelt worden zu sein. Dann habe er ihr sämtliche Kleider vom Leibe gerissen und sie **vergewaltigt.**

Hund (Rottweiler) 3 Monate alt gratis abzugeben.
Grötzingen, Im Speitel 2

Badische Landesgewerbebank A.-G.

Wir beehren uns bekannt zu geben, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 22. April 1927 und nach nunmehr erfolgtem Eintrag im Handelsregister unsere Firma in

Landesgewerbebank für Südwestdeutschland A.-G.

4885

geändert wurde — und wir von heute an diese neue Firma führen.

Badische Landesgewerbebank A.-G.
jetzt:
Landesgewerbebank für Südwestdeutschland A.-G.

Hauptgeschäft: Karlsruhe, Kaiserstraße 96
Zweigniederlassung: Frankfurt a. M., Kettenhofweg 11

Mein diesjähriger
Pfingst-Verkauf
bietet Ihnen sowohl in Qualität wie Preisen große Vorteile. — Ich empfehle Ihnen als erstklassige Neuheiten: 4836
Damen- u. Mädchen-Jacketts, Pullovers, Kostümkleider, seidene Unterwäsche für Damen und Herren, Damenstrümpfe in pa. Bembergseide, Seidenflor, Macco, Kniestrümpfe u. Söckle in allen Größen, Badeanzüge, Badetücher, Frottierhandtücher, Trikotunterwäsche für Herren, Damen u. Kinder, Trikoteinsatzhemden, Zephir- und Trikotinehemden, Weißwäsche für Damen und Kinder, Schillerhemden
Franz X. Hipp Herrenstr. Nr. 64
nächst dem Karlstor

Tüchtige Gipser
können zu einem Stundenlohn von Mk. 1.43 sofort eintreten. Der Gipserstreik in Karlsruhe ist beendet. 4842
Hermann Allmendinger
vorm. E. & H. Allmendinger
Melanchthonstraße 2 — Telephon 550

Arbeiter! Werbet für Euere Zeitung!

Wohnung
od. leeres Zimmer, [illegible] in Haus mit Einfahrt [illegible] sofort zu mieten gesucht. Offerten unter [illegible] an das Volksfreund[illegible]

Gewerbegerichtsurteile, die Kopfschütteln erregen

Wir haben erst vor kurzer Zeit im „Volksfreund" ein Gewerbegerichtsurteil und seine Folgen besprochen. Wenn wir später nicht näher darauf eingingen, so deshalb, weil die Oeffentlichkeit ihr Urteil gesprochen und Herr Neukum wohl eingesehen, daß selbst mit noch so langen Verlegenheitsbegründungen, er ein Urteil der Oeffentlichkeit nicht erschüttern kann.

Zunächst eines vorausgeschickt: Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Karlsruhe und dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens besteht ein Rahmenvertrag, der von der Reichsarbeitsverwaltung für allgemein verbindlich erklärt ist, infolgedessen sind die tariflichen Bestimmungen unabdingbar. Hierüber heißt es im „Arbeitsvertragsrecht" 1. Teil, Seite 3:

Früher betrachtete die Mehrzahl der Gerichte Abänderungen der Tarifbestimmungen durch den Arbeitsvertrag als rechtswirksam. Dieser Zustand ist durch die Tarifordnung beseitigt. Nach ihren Vorschriften sind Vereinbarungen, die von einem schriftlich abgeschlossenen Tarifvertrag abweichen, unwirksam; an ihre Stelle treten kraft Gesetzes die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages. Nur soweit abweichende Vereinbarungen im Tarifvertrag selbst grundsätzlich zugelassen sind, bleiben sie wirksam. Hiervon abgesehen, sind abweichende Vereinbarungen nur rechtswirksam, soweit sie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer darstellen und nicht ausdrücklich im Tarifvertrag ausgeschlossen sind. Die tariflichen Arbeitsbedingungen sind also grundsätzlich Mindestbedingungen der Arbeitnehmer.

In dem oben angeführten Rahmenvertrag sind nun im § 6 die Zuschläge für Ueberstunden genau festgelegt. Außerdem heißt es im § 12 Abs. 3:

Sonderabmachungen, die dem Sinne des Abkommens zuwiderlaufen, oder eine Verschlechterung darstellen, sind unzulässig.

Damit ist jede Zweifelsfrage ausgeschlossen. 1. Es besteht ein allgemein verbindlicher Tarifvertrag; 2. Ist jede Sonderabmachung ausgeschlossen. Demgegenüber vergleiche man mal 2 Urteile des Gewerbegerichts Karlsruhe.

Bei der Firma S. werden die Arbeiter vorstellig, statt 5 Tage in der Woche, 6 Tage zu arbeiten. Die Firma sagt zu, wenn die Arbeiter entgegen den tariflichen Bestimmungen am Samstag länger arbeiten ohne Zuschlag. Die Arbeiter stimmen zu ohne Wissen und Willen der Organisation. Erst später erfahren wir davon und werden vorstellig. Die Firma läßt weiterarbeiten ohne Zuschlag. Wir klagen. Das G.-G. weist die Klage ab bis zu dem Zeitpunkt, wo wir Einspruch reboben. Von da ab wird die Firma verurteilt, die Zuschläge zu zahlen. Hier entsteht die Frage, kann ein Gewerbegericht entgegen den rechtlichen Bestimmungen tarifliche Rechte abdingen, weil die Arbeiter sich nicht dagegen gewehrt?

Es kommt aber noch schlimmer. Die Firma Berl.-Karlsr.-Industrie-Werke stellt an die Arbeiter einer Abteilung und den Betriebsrat vor Weihnachten die Aufforderung, Ueberstunden ohne Zuschläge zu leisten. Der B.-R. lehnt ab. Die Arbeiter stimmen unter dem Druck ihrer Meister zu. Wir klagen. Resultat? Wir werden mit unserer Klage abgewiesen. Ist dies nicht äußerst interessant? Unser Rechtsempfinden kann hierin keine Rechtsprechung erblicken. Nun kommt aber das Interessanteste, was einigermaßen eine Erklärung dazu gibt. Bei der Firma S. konnte schließlich noch ins Feld geführt werden, daß die Ueberstunden insoweit eine Verbesserung dargestellt hätten, als sonst die Firma nur hätte 5 Tage in der Woche arbeiten lassen, also ein Verdienstausfall eingetreten wäre. Wir sagen jedoch ausdrücklich hinzu, das G.-G. hätte dies gelten lassen können, trotzdem keine rechtlichen Grundlagen dafür vorhanden. Allein bei der Firma B.-K.-Ind.-Werke fällt auch dieses Argument weg. Hier hat der Betr.-Rat die Zustimmung verweigert, hier war reines Profitinteresse der Firma maßgebend, hier haben die Arbeiter nur unter dem Druck ihrer Meister und der großen Arbeitslosigkeit zähneknirschend nachgegeben, was allerdings nicht entschuldbar, aber verständlich ist. Warum also ein solches Urteil, welches dem Rechtsempfinden der Arbeiterschaft nicht entspricht? Böse Zungen behaupten, daß dies nur möglich, weil ein gewisser Dr. A. **Syndikus der B.-K.-J.-Werke**, einerseits **Gewerbegerichtsbeisitzer**, andererseits, wenn die Firma vor den Kadi gezerrt wird, was keine Seltenheit, als **Vertreter der Firma fungiert.** Dieser Zustand ist an und für sich ungesetzlich, denn nach dem G.G.G. kann ein Syndikus nicht G.G.-Beisitzer sein. Die Arbeiterschaft der B.K.J.W. ist schon soweit, daß sie es ablehnt, vor dem G.G. zu klagen, da sie uns sagt, was nützt hier uns unser Recht; vor dem G.G. Karlsruhe kommen wir doch nicht zu einem Urteil, das unserem Rechtsempfinden entspricht. Es bedarf unserer ganzen Ueberredungskunst, um der Arbeiterschaft dies auszureden. Kann man es aber der Arbeiterschaft verdenken angesichts solcher Urteile, wenn der letzte Rest von Vertrauen zu einem Gericht bezw. dessen Vorsitzenden flöten geht?

Es kommt aber noch schöner. Die Direktion der B.K.Ind.-Werke legt vorübergend, wie sie ausdrücklich bei der Verhandlung betonte, eine Abteilung still. In der Abteilung arbeitet ein Betriebsratsmitglied. Dieser ist der Direktion schon längst ein Dorn im Auge. Jetzt ist der Moment gekommen, um ihn los zu werden. Es wird sogar gemunkelt, daß nur deshalb die Stillegung vorgenommen wurde. Das Betriebsratsmitglied wird entlassen. Der Betriebsrat versagt die Zustimmung, weil Gelegenheit übergenug vorhanden, um ihn in eine andere Abteilung zu versetzen. Tatsächlich sind auch einige Arbeiter der stillgelegten Abteilung in andere versetzt worden. Beim Gewerbegericht wird der Lohn eingeklagt. Wer vertritt die Firma? Der Gewerbegerichtsbeisitzer Syndikus Dr. A. Nun sagt jeder Arbeiter der Firma: „Diesmal fällt aber die Direktion herein, denn der Fall ist so klar, und nahezu die gesamte Rechtsprechung, sogar das Reichsgericht, stellt sich auf die Seite des Klägers, daß eine Abweisung gleichbedeutend sei mit Rechtsbeugung". Allein, was mußten wir erleben? Abweisung der Klage, womit das Betriebsratsmitglied T. als zu Recht entlassen gilt. Dies bedeutet wohl den Gipfel dessen, was bis heute ein Gericht sich geleistet, um bei jedem Arbeiter größtes Mißtrauen hervorzurufen.

Wir unterbreiten nun der Oeffentlichkeit diese Fälle, um sich ein Urteil zu bilden über die Rechtsprechung des Karlsruher Gewerbegerichts. Sollte dies nicht genügen, können wir unsere Aktenmappe nochmals öffnen und mit weiterem Material dienen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband — Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet.

Karlsruhe.

Freie Turnerschaft. Heute Abend im Vereinshaus Versammlung derjenigen, die sich für Straßburg gemeldet haben. Turnersitzung fällt aus. (4841) Der Vorsitzende.

Durlach. Sozialdemokratische Partei. Morgen Dienstag abend punkt 8 Uhr, im „Lamm" **Mitgliederversammlung. Tagesordnung:** Bericht vom deutschen Parteitag in Kiel. Referent: Gen. Trinks. Die Parteigenossinen und Genossen von Durlach und Aue, insbesondere unsere Vertrauensleute werden um zahlreichen Besuch gebeten.

Freistaat Baden

Gautreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Heidelberg

Allerorts rüsten sich die Republikaner, um das diesjährige Gautreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das an **Pfingsten** in Heidelberg stattfindet, zu einer wuchtigen Kundgebung für den republikanischen Gedanken, für die Deutsche Republik und ihre Farben Schwarz-Rot-Gold zu gestalten. Die Veranstaltung verspricht allen Teilnehmern schöne und genußreiche Stunden zu bereiten. Kaum eine andere Stadt ist hierzu geeigneter als **Heidelberg**, das von Dichtern und Sängern bewunderte Juwel der Natur, mit seinen rebengeschmückten Hügeln und waldbekränzten Höhen, mit der ehrwürdigen Schloßruine, wo Goethe sinnend und dichtend seine Blicke über die Stadt und die Rheinebene mit ihren freundlichen Dörfern bis hinüber in die weinfrohe Pfalz schweifen ließ. Hier in dieser Perle landschaftlicher Schönheit, in der alten Musenstadt am sagenumwobenen Neckar versammelt sich an Pfingsten das Reichsbanner des Gaues Baden.

In Heidelberg haben auch die **Vorkämpfer der Freiheit** einen guten Boden gefunden. Dort war es, wo die erste Besprechung der „51" über das **Vorparlament der Nationalversammlung von 1848** stattfand. Im Vorparlament präsidierte der Heidelberger Abgeordnete **Mittermeier.** In die Nationalversammlung zu Frankfurt wurden 15 Heidelberger gewählt. Das Bedeutungsvollste indessen ist, daß der 1. Präsident der Deutschen Republik, **Friedrich Ebert**, Heidelberger war. Am Neckar stand seine Wiege; dort ist auch seine letzte Ruhestätte. So ist Heidelberg der Ort, wo die Voraussetzungen für ein Treffen des Reichsbanners in jeder Beziehung gegeben sind.

Das Programm kündigt die Mitwirkung hervorragender Führer an. Bei den **Festgottesdiensten** der verschiedenen Konfessionen predigen Prälat Dr. Schofer und Pfarrer Eckert. Bei der Enthüllung der Gedenktafel am Geburtshaus des 1. Reichspräsidenten Ebert sprechen Gesandter a. D. Hildebrand und Oberbürgermeister Prof. Dr. Walz-Heidelberg. Auf dem Festplatz reden Bundespräsident Hörsing und Reichsfinanzminister Dr. Köhler. In der Schloßgartenkundgebung am Montag werden Chefredakteur Bernhard-Berlin und Redakteur Fritz Ebert-Brandenburg Ansprachen halten.

Um die Wirkung des Gautreffens abzuschwächen, hat die **deutschvölkische Wehrschaft „Germania"** ihre Mannen ebnfalls auf Pfingsten zu einem „Deutschen Tag" nach Heidelberg aufgerufen. An den Reichsbannerkameraden wird es liegen, dafür zu sorgen, daß Heidlberg an Pfingsten nicht schwarz-weiß-rot, sondern **schwarz-rot-gold ist.**

Der Kampf um die Deutsche Republik ist noch nicht beendigt. Die systematische Ausmerzung republikanischer Parteien aus der Reichsregierung, die Tatsache, daß die größten Gegner des republikanischen Gedankens und Anhänger des Klassenwahlrechts die wichtigsten Aemter in der Reichsregierung inne haben, sind Sturmzeichen für die kommende Zeit.

Republikaner! Seid und bleibt gerüstet!

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete im Hanauerland

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Frhr. Langwerth von Simmern in Begleitung des Grafen Adelmann und Ministerialrat Scheffelmeier von der badischen Regierung stattete letzten Freitag dem Hanauer Land und dem besetzten Brückenkopf Kehl einen Besuch ab. In Appenweier wurde der Reichskommissar von Landrat Schindele-Kehl empfangen. Mit Autos wurde sofort die Fahrt nach dem Hanauer Land angetreten und größere Ortschaften besucht. In Willstätt wurde ein kurzes Mittagessen eingenommen. Dann ging es weiter nach Kehl, wo die Herren um 4 Uhr eintrafen. Vor dem festlich geschmückten Rathaus wurde Reichskommissar Frhr. Dr. Langwert v. Simmern von Bürgermeister Dr. Kraus empfangen und in den Bürgersaal geleitet, wo sich der Gemeinderat, die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie, die Geistlichkeit, die Schulbehörden sowie die Beamtenvertreter und die Bürgermeister des ganzen Brückenkopfgebietes eingefunden hatten.

Ministerialrat Scheffelmeier überbrachte die Grüße der badischen Regierung und sprach dem Reichkommissar den herzlichen Dank für den Besuch aus. Er wies kurz auf die Nöten des besetzten Gebietes und besonders auf die Lage des Brückenkopfes Kehl hin, seine frühere und jetzig Bedeutung und auf die dringende Notwendigkeit, hier zu helfen. Dann sprach Landrat Schindele. Er gab eine eingehende Schilderung über die Entwicklung und die Geschichte des Hanauerlandes, der Besatzung und der dadurch verursachten Schwierigkeiten und Nöten. — Bürgermeister Dr. Kraus vermittelte Gruß und Dank des Hanauerlandes und schilderte seinerseits die Not der Stadt, besonders die gemeindliche Finanznot, die Auswirkung des Ruhrkampfes für Kehl, die Fürsorgelasten und die erforderlichen kulturellen Aufgaben. Er wies hin auf die seelische und moralische Not des besetzten Gebietes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Land und Reich auch dem kleinen Hanauer Land Hilfe gewähren werden. Weiter sprachen die Vertreter des **Arbeitgeberverbandes, des Gewerkschaftskartells,** der Landbürgermeister, der Beamtenorganisation und des Handwerks. Sie alle betonten die große Not des besetzten Gebietes und brachten ihre besonderen Wünsche zum Ausdruck. Alle gaben ihrer Freude Ausdruck über den Besuch des Reichskommissars und die dadurch gebotene Gelegenheit, ihre Wünsche und Sorgen persönlich vortragen zu können.

Der Reichskommissar dankte für den warmen Empfang und ließ Gruß und Dank der badischen Regierung übermitteln, versprach sobald es ihm möglich sei, sich zur Erfüllung aller Wünsche an maßgebender Stelle einsetzen zu wollen. Er versicherte alle Anwesenden seines wärmsten Interesses und schloß mit den besten Wünschen für Land und Leute des besetzten Kehler Gebietes. — Der Besprechung schloß sich eine Rundfahrt durch Kehl und des Hafengebietes an. Abends wohnte der Reichskommissar mit Begleitung einem Gastspiel des Freiburger Stadttheaters an.

Verbandstag badischer Uhrmacher

In Lörrach fand Samstag und Sonntag die diesjährige Tagung des Verband badischer Uhrmacher statt. Als Vertreter des badischen Kultusministeriums und der Uhrmacherschule Furtwangen war Direktor Jäger erschienen. Der Vorsitzende Max Fleig eröffnete die Tagung, die sich mit Wirtschaftsfragen sowie lauf[illegible] den Angelegenheiten beschäftigte. Direktor Jäger brachte in seiner Begrüßungsansprache das Interesse der badischen Staatsregierung an Handwerkerfragen im allgemeinen und namentlich an den Fragen und Bedürfnissen des Uhrmacherhandwerks im besonderen zum Ausdruck. Er erinnerte daran, daß Baden es gewesen sei, das als erstes Land in Deutschland eine Uhrmacherschule eingerichtet habe. Der Kassier des Landesverbandes, Otto Walter-Mannheim kam in seiner Ansprache darauf zu sprechen, daß der badische Uhrmacherverband in starkem Maße eine Kampforganisation sei. Er werde zu dieser Haltung gezwungen, einmal durch die allgemeine Wirtschaftslage an sich und darüber hinaus durch den massenhaften Hausierhandel in Uhren, der die Interessen des badischen Uhrmacherhandwerks außerordentlich schädige. Er kündigte an, daß der Verband alles tun werde, um das badische Uhrengewerbe lebensfähig zu erhalten. So plane der Verband die Einrichtung von **Verkaufskursen,** in denen Winke für moderne Reklame, Schaufenstergestaltung usw. sowie Vorschläge zur Verbesserung des Absatzes gegeben werden sollen. Auch solle die Propaganda für elektrische Uhren verstärkt werden, da gerade auf diesem Gebiete in kleinen Städten noch ein günstiges Betätigungsfeld liege. Es wurde daran festgehalten, daß auch in Zukunft Ausverkäufe in Uhren aus den bekannten Gründen nicht stattfinden sollen. Ein Antrag auf Veröffentlichung von aufklärenden Artikeln über den leider Zeit wieder stark überhandnehmenden Uhrenschmuggel fand einstimmige Annahme. — Der Vorstand wurde in seiner seitherigen Zusammensetzung von der Versammlung neu bestätigt und Kassen- und Geschäftsbericht genehmigt. Die Tagung fand mit einem geselligen Beisammesnein am Sonntag abend ihren Abschluß.

Hauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden

bld. **Haslach i. K.,** 23. Mai. Der Historische Verein für Mittelbaden hielt am Sonntag in Haslach i. K. seine 12. ordentliche Hauptversammlung ab. Der geschäftliche Teil der Tagung wurde am Vormittag im Rathaussaal erledigt. Der Vorsitzende des Hauptvereins Gutsbesitzer Rößler in Neuweier (Bühl) hieß die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. Anstelle von Professor Dr. Batzer, der erkrankt ist, dankte Kaufmann Siefert-Offenburg allen, die an den Vorbereitungen zur Tagung teilgenommen haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kaufmann Siefert des verstorbenen Ehrenmitgliedes Privatier Simmler-Offenburg, der am 2. Oktober 1926 starb. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Ueberegehend zur Erstattung des **Geschäftsberichtes** brachte er den Wunsch des Schriftführers zum Ausdruck, daß alljährlich Chroniken in der Ortenau gebracht werden möchten. Die Versammlung stimmte zu. Ortsgruppen bestehen zur Zeit 18, nämlich in Achern, Baden-Baden, Bühl, Ettenheim, Gengenbach, Haslach, Hornberg, Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Oppenau, Rastatt, Renchen, Schiltach, Triberg, Wolfach und Zell a. H. Die Ortsgruppe Haslach stellte den Antrag auf Zuschuß zur Instandsetzung der Mühlen-Kapelle, die von Reichsfreiherr von Waldstein 1652 gestiftet wurde; der Stiftungsfonds ist der Inflation zum Opfer gefallen, die Kapelle bedarf aber der gründlichen Instandsetzung. Die Gesamtkosten dieser Instandsetzung betragen 1500 M. Die Ortsgruppe Lahr forderte zur Ausgrabung auf bei Lützelhard einen weiteren Beitrag; von Kunstmaler Wirkertsheimer (Lahr) lagen der Versammlung Skizzen über die bisherigen Ausgrabungen vor. Nach lebhafter Debatte wurde den beiden Ortsgruppen je 50 M bewilligt. Die Wahl der Ausschußmitglieder ergab die Wiederwahl der Ausscheidenden. Als Ort für die nächstjährige Tagung wurde Oberkirch bestimmt.

Nach der Tagung besuchten die Mitglieder und Gäste das **Heimatsmuseum** und die **Ausstellung von Gemälden** der Haslacher Maler Karl Sandhaas und Louis Blum, die im ehemaligen Kapuzinerkloster untergebracht waren. Das Museum ist eine sehr gediegene Einrichtung, während die sehr sehenswerte Gemäldeausstellung, Bilder und Zeichnungen aus Privatbesitz nur über die Tagung des historischen Vereins zugänglich war. Anschließend erfolgte ein **Rundgang durch Haslach,** wobei u. a. das Landhaus zum Hansjakob, das jetzt als Schwesternerholungsheim dient, besichtigt wurde.

In der Stadthalle fand am Nachmittag eine **öffentliche Versammlung** statt. Hier hielt Bürgermeister Selz die Begrüßungsansprache. Als Vertreter des Ministeriums des Kultus und Unterrichts sprach Landrat Hofheinz-Wolfach; er übermittelte Grüße und beste Wünsche für die Tagung und den Verein. Professor Müller-Bühl dankte namens des Hauptvereins allen, die zum guten Gelingen der Tagung beigetragen haben. Nun hielt Oberpostkassenrendant Dr. Kempf einen Vortrag mit Lichtbildern über **„Alt-Haslach und seine berühmten Männer",** der großen Beifall fand. Die Zwischenpausen waren mit Musik- und Gesangsvorträgen der Gesangvereine „Harmonie" und „Frohsinn" und des Streichorchesters „Harmonie" unter Leitung des städtischen Musikdirektors Haner ausgefüllt. Die musikalischen und gesanglichen Vorträge zeugten von guter Schulung und fanden dankbare Publikum. — Nach der Versammlung war noch gemütliches Beisammensein im Hotel Raben. Die Tagung nahm in allen Teilen einen recht guten Verlauf.

Ernennungen im Staatsdienst. Ministerialrat Dr. Ludwig Steinbrenner beim Finanzministerium wurde zum Präsidenten der Staatsschulenverwaltung ernannt und zugleich mit der Leitung des Dienstes der Landeshauptkasse betraut. Oberregierungsrat Anton Seeger beim Finanzministerium wurde zum Ministerialrat und Oberfinanzrat Gustav Strohm beim katholischen Oberstiftungsrat zum Oberfinanzrat beim Finanzministerium ernannt. — Finanzrat Wilhelm Schnäbele bei der Staatsschuldenverwaltung wurde auf Ansuchen zurubegesetzt.

Gerichtszeitung

st. **Von einem Heiratsschwindler betrogen.** Einem Heiratsschwindler ging eine in Bergedorf bei Hamburg angestellte Lehrerin ins Garn. Obwohl verheiratet, fing der aus Dieuze (Lothr.) stammende 34jährige Kaufmann Paul Schulz ein Verhältnis mit der Lehrerin an, im März ds. Js. wurde in Bergedorf Verlobung gefeiert, bei der die Freunde und Bekannten der Brautfamilie zugegen waren. Unter dem schwindelhaften Vorgeben, er brauche Mittel zur Finanzierung epochemachender Erfindungen, lockte Sch. der Braut und ihrem Vater das nette Sümmchen von fast 5 000 Reichsmark heraus. Mit dem leicht ergaunerten Geld führte er an seinem Wohnsitz Freiburg ein fideles Verschwenderleben, das von der Strafverfolgungsbehörde unterbrochen wurde, weil man durch die von Bergedorf nach Freiburg geschickten Verlobungskarten seinem Treiben auf die Spur kam. — Der Schwindler wurde dieser Tage vom Einzelrichter zu **neun Monaten Gefängnis** und zu dreijährigem Ehrenverlust verurteilt.

2 Teller Suppe für nur 13 Pfennig

erhalten Sie mühelos auf die einfachste Weise — durch kurzes Kochen mit Wasser — in reicher Sortenauswahl

aus MAGGI's Suppen-Würfeln.

Schwindel mit dem Tode des Kindes

Karlsruhe, 19. Mai. Eine Schwindlerin hatte sich heute Person der achtmal vorbestraften Frieda Wohlfahrt ge- Heck aus Karlsruhe-Grünwinkel vor dem Schöffengericht ender Amtsgerichtsrat Dr. Kohler) zu verantworten. Sie egen **Unterschlagung, Betrugs und schwere Urkundenfälschung** agt. Der Unterschlagung hat sie sich im März dieses Jahres ben, wo sie als Dienstmädchen in Stellung war, schuldig ge- Von ihrer Herrschaft waren ihr zehn Mark zur Begleichung lchschuld gegeben worden. Sie behielt von dem ihr heraus- nen Gelde zwei Mark für sich. Die Angeklagte hat dann ihre g aufgegeben und sich in Karlsruhe aufgehalten. Hier hat verschiedene, in ihrer Art raffinierte Betrügereien zuschul- mmen lassen. In Beiertheim suchte sie einen Pfarrer m sie vorlog, ihr 6½jähriges Töchterchen sei gestorben und erdigt werden. Sie knüpfte an diesen Schwindel die Bitte, e Unterstützung, da sie mittellos sei. Der gütige Pfarrer e ihr sechs Mark. Später mußte er durch Erkundigung beim ungsamt feststellen, daß er einer Schwindlerin in die Hände n ist, die seine Güte schamlos mißbraucht hatte. Bei einem n Geistlichen brachte sie das gleiche Märchen vor; dieser gab ei Mark Unterstützung. Bei einem Kirchenrat, bei dem sie in leichen Absicht und unter den gleichen Vorspiegelungen vor- und ihm überdies gefälschte, auf den Namen Frieda Schnetz- utende Beerdigungspapiere vorzeigte, blieb es bei dem Be- ersuch. Denn der Geistliche stellte durch telephonische An- beim Bestattungsamt fest, daß die Bittstellerin eine Schwind- ist. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu **einem Jahre** nis, auf die sechs Wochen Untersuchungshaft angerechnet und sprach ihr die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer ei Jahren ab.

Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung

Karlsruhe, 19. Mai. Unter der Anklage wegen Betrugs, chlagung und Urkundenfälschung standen heute der 33 Jahre chmied Julius Bacher aus Echterdingen, Oberamt Stutt- und der 43 Jahre alte verheiratete Bauingenieur Karl rer aus Stuttgart vor dem Schöffengericht. Maurer wird st gelegt, als Provisionsreisender eines hiesigen Reisebuch- ers Bestellscheine auf eine Jugendzeitschrift und solche auf Kochbuch als in Ordnung gehend vorgelegt zu haben, obwohl Bestellung vorlag, wofür er sich Provision auszahlen ließ. nielingen soll Maurer einen Landwirt unter der Vor- er sei Oberingenieur bei Wayß u. Freytag und indem er bei 30 Kubikmeter Kies bestellte, bewogen haben, ihm ein Dar- von 30 RM. zu gewähren, das er seinem Versprechen zuwider nächsten Tagen nicht zurückzahlte. Auch Bacher war für den enden Buchhändler als Provisionsreisender tätig und ver- sich in der gleichen Weise Provisionen wie der Mitange- , indem er Bestellscheine mit den Namen der Besteller vor- die er selbst unterzeichnet hatte, obwohl er wußte, daß die ageber zu ernstlicher Bestellung nicht bereit waren. Maurer rte die verzweifelte wirtschaftliche Bedrängnis, in die er nach ung einer Vorstrafe geraten war; sie zwang ihn, nach jeg- Art Arbeit zu greifen und so nahm er die Stelle als Provi- isender an. Die ganze Art der Geschäftsführung und der rige Absatz der verhältnismäßig teuren Verlagswerke hin- es, mit der Provision aus amen. In dieser Zwangslage er sich die Verfehlungen, d er unumwunden eingesteht, zu- kommen lassen. Bacher wurde wegen fortgesetzten Betrugs ückfalle in Tateinheit mit Privaturkundenfälschung zu acht ten und Maurer wegen des gleichen Delikts zu zwei Monaten nis verurteilt. Bacher wird von der Anklage der Unter- ung freigesprochen. Bacher erhält eine, Maurer zwei Wochen ntersuchungshaft angerechnet.

ukonferenz des Zentralverbandes der eitsinvaliden und Witwen, Gau Baden

Am 14. und 15. Mai fand in **Säckingen** die diesjährige Gau- enz statt. Sie wurde am Samstag nachmittag 5 Uhr durch den eiter Schell aus **Karlsruhe** eröffnet. Reichstagsabgeordneter n hielt ein großzügig angelegtes Referat über **Sozialpolitik Fürsorgewesen**. Der Referent stellte fest, daß die Organisation Arbeitsinvaliden und Witwen, die im Jahre 1920 gegründet , nicht nur Mitglieder besitze, sondern auch außerordentlich ig sei. Er zeigte an Beispielen, wie es möglich war, seit 1920 lich das Notwendigste für die Sozialrentner herauszuholen. n das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat schloß e lebhafte Diskussion an. Herr Landrat v. **Rotberg** über- ite der Konferenz namens des Ministers des Innern die besten und Glückwünsche zu dieser Tagung; er erklärte, er freue sich ordentlich, aus dem Munde des Reichstagsabg. Karsten wirk- lehrreiche und vor allem sehr sachliche Worte gehört zu haben. liche Diskussionsredner erklärten sich mit dem Referat ein- nden, hingegen klagten fast alle Vertreter des ganzen Landes das Fürsorgewesen in den einzelnen Bezirken. — Um 7 Uhr nahm der erste Teil der Konferenz sein Ende.

Der Sonntagmorgen sah den geräumigen Saal der neuen Bad- in Fortsetzung der Konferenz wieder dicht besetzt. Die Man- prüfungskommission stellte fest, daß an der Konferenz 44 Orts- pen mit 58 Delegierten teilnahmen. Als Gast erschien auch wieder Herr Landrat v. Rotberg, als Vertreter der Stadt ngen Genosse Stadtrat Bächle.

Der **Geschäfts- und Kassenbericht** wurde von Gauleiter **Schell**- sruhe erstattet. Er führte u. a. aus: Es war möglich, im Ver- des verflossenen Jahres 20 neue Ortsgruppen zu gründen. samt haben wir in Baden 64 Ortsgruppen. Im verflossenen äftsjahr haben 297 Versammlungen, Sitzungen usw. stattge- den. Stark beschäftigt hat unsere Organisation auch die Fürsten- dung. 593 Eingaben wurden von der Gauleitung gemacht, 201 retungen bei den Behörden übernommen. Hierbei wurde auch hnt, daß bei den Oberversicherungsämtern ganze Berge von aben und Gesuchen liegen, die teilweise ein Jahr auf ihre Er- ung harren. Posteingänge waren 2552 zu verzeichnen, Aus- e 3364.

Die Kollegen **Ewald**-Neckarau und **Stamms**-Heidelberg Revisoren bestätigten, daß sie die Kasse in bester Ordnung be- en hätten, und beantragten Entlastung der Gauleitung, welche den Delegierten auch einstimmig vorgenommen wurde.

In der anschließenden **Diskussion erklärten** sich alle Redner mit Geschäftsführung einverstanden. Von mehreren Kollegen und innen wurden die unhaltbaren Zustände, die zum Teil noch den Fürsorgeämtern und vor allem auf den einzelnen Bürger- ämtern in Landgemeinden herrschen, scharf gerügt. Beson- mangelhaft sieht es bei den Oberversicherungsämtern aus. wurden sogar Fälle angeführt, wo Menschen schon längst ge- en sind, die Akten aber immer noch unerledigt im Staube lie- Gauleiter Schell führte an, daß es möglich sei, daß die Beam- an den betreffenden Stellen das gesamte Material bearbeiten nten. Hier müßten weitere Arbeitskräfte eingestellt werden. n so sehe es aber auch mit den ärztlichen Gutachten aus. Von Delegierten wurde eine baldige, aber auch gründliche Aen- ung verlangt. Herr Landrat v. **Rotberg** erklärte, das Gehörte Innenministerium mitzuteilen. Hoffentlich wird von dort aus Nötige getan, damit auch in den einzelnen Gemeinden dem orgegesetz etwas mehr Achtung geschenkt wird.

Nach einem Schlußwort des Gauleiters Schell wurde einstimmig ende Entschließung an das **Reichsarbeitsministerium** (Berlin), das **Badische Ministerium des Innern und an den Badischen** tag angenommen:

„Die am 15. Mai 1927 in Säckingen zur Neuen Badquelle stattfindende konferenz des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen schlands (Gau Baden) hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von der Zurücksetzung der Sozialrentner gegenüber den Kleinrentnern bei Nicht-anrechnung des Arbeitsdienstes, sonstigen Einnahmen und Rückerstattung. Nach den neuerlichen Beschlüssen des Reichstages darf das Einkommen der Kleinrentner bis zu dem Anderthalbfachen des für den Fürsorgeverband bestimmten Unterstützungsrichtsatzes bei Gewährung von Fürsorgeunterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden. Verpfändungen von Vermögenswerten dürfen nicht verlangt werden, die bis jetzt vorgenommenen sind rückgängig zu machen. Ansprüche auf Rückerstattung von Fürsorgeunterstützungen dürfen weder gegen die Kleinrentner oder ihre Angehörigen und Erben gemacht werden. Bei den Sozialrentnern bleibt es aber bei den Härtebestimmungen und man hat somit eine gewaltige Klassifizierung in der Fürsorge geschaffen und die Kleinrentner in ihren Bezügen weit besser gestellt wie die Sozialrentner. Dagegen legen wir den schärfsten Protest ein und verlangen, daß dieser geradezu unwürdige Zustand beseitigt wird und die Sozialrentner den Kleinrentnern gleichgestellt werden. In § 16 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 RGB. S. 765 heißt es: „In entsprechender Weise wie die Kleinrentner sind alte oder invalide oder berufsunfähig gewordene Rentner der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung zu betreuen." Die Konferenz fordert von der badischen Regierung und dem Landtag eine Klassifizierung, wie sie der Reichstag beschlossen hat, in Baden in der Fürsorge nicht durchzuführen und dafür zu sorgen, daß die Sozialrentner in gleicher Weise wie die Kleinrentner betreut werden."

Ferner wurde die Gauleitung einstimmig beauftragt, nachstehende **Eingabe dem badischen Landtag** zu unterbreiten:

„Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands (Gauleitung Baden) gestattet sich, dem Landtag folgende Eingabe zu unterbreiten:

Der Landtag wolle beschließen: die Richtsätze in allen 56 Bezirksfürsorgeverbänden nach einheitlichen Richtlinien festzulegen und entsprechend den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu regeln.

Gründe: Die Fürsorgeunterstützung entspricht schon lange nicht mehr den wirklichen Teuerungsverhältnissen, um den notwendigen Lebensbedarf eines Hilfsbedürftigen zu sichern. Hinzu kommt eine Mietsteigerung von 10 Prozent, die die hilfsbedürftigen ganz besonders schwer trifft. Um einen Ausgleich zu schaffen, unterbreiten wir diese Anträge dem Landtag.

Nach einer vom Reichsarbeitsministerium ausgegebenen Zusammenstellung vom 5. Januar 1927 über die gesamten Richtsätze innerhalb Deutschlands haben wir in Baden bei den 16 verbandsfreien Städten nicht weniger als zehn verschiedene Richtsätze für alleinstehende Personen Offenburg 60 Mk., Weinheim 44 Mk. und Villingen 30—50 Mk. Bei Ehepaaren ohne Kinder ist das Verhältnis noch krasser. In den 16 genannten Städten sind 14 verschiedene Richtsätze vorhanden. Heidelberg 80 Mk., Villingen 40 bis 60 Mk., Weinheim 57 Mk. In beiden Fällen sind Unterschiede von 5 bis 25 Mk. vorhanden. Besonders fällt es auf, daß die großen Städte sogar bis zu 20 Mk. hinter Heidelberg und Offenburg zurückstehen. Die Kinderzulage schwankt zwischen 6 und 20 Mark und sind in den genannten Städten ebenfalls 12 verschiedene Richtsätze vorhanden. Auch bei den 40 Gemeindeverbänden sind die Richtsätze sehr verschieden und viel zu gering. Derartige Teuerungsunterschiede zwischen den einzelnen Städten und Gemeindeverbänden sind nicht vorhanden, und es liegt hier das dringende Bedürfnis vor, die gewaltigen Unterschiede in der Gewährung von Fürsorgeunterstützung auf eine einheitliche Grundlage zu stellen. Die unterzeichnete Organisation ersucht den badischen Landtag, ihre berechtigten Anträge alsbald zu beraten und genehmigen zu wollen."

Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabg. A. **Karsten**-Berlin hielt nun ein Referat über das Thema: „**Taktik des Verbandes und Verbandsleben**", das zweifellos für die einzelnen Delegierten sehr lehrreich war. Auch dieses Referat bewies, daß Genosse Karsten ein äußerst geschickter Agitator ist. Seine Ausführungen fanden wieder lebhaften Beifall. Auf Antrag des Kollegen **Auer**-Singen wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Als folgender Punkt lagen der Konferenz 61 Anträge vor, die teils von der Gauleitung und den einzelnen Ortsgruppen eingebracht, teils angenommen, teils abgelehnt wurden. Ein großer Teil dieser Anträge wurde dem Verbandsvorstand und der Gauleitung zur Erledigung überwiesen.

Letzter Punkt der Konferenz war die **Wahl der Gauleitung**. Gewählt wurden: 1. **Schell** als Gauleiter, 2. **Ewald**-Mannheim-Neckarau, 3. **Klingele**-Karlsruhe als Schriftführer; als Beisitzer **Stamms**-Heidelberg und **Dreher**-Freiburg.

Der Gauleiter Schell schloß um halb 3 Uhr die harmonisch verlaufene Gaukonferenz mit der Bitte, all das Gehörte hinauszutragen. Auch gab er dem Wunsche Ausdruck, dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Gaukonferenz in Haslach (Kinzigtal) ein weiterer Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen sei. „Wir gehören zusammen, gleiche Not und gleiches Leid umschlingen uns!" J. B.

Wirtschaftskämpfe

Beendigung des Lohnstreites in der Metallindustrie Badens

Karlsruhe, 29. Mai. Nach einer Verhandlung vor dem stellvertretenden Schlichter, Oberreg.-Rat Dr. **Häußner**, kam eine Einigung zwischen den Parteien über die Streitpunkte zustande. Danach werden besonders qualifizierten Zeitlohnarbeitern **Sonderleistungszulagen** nach freier Vereinbarung gewährt. Ferner erhalten gewisse Spezialarbeiter (Schleiferei und Gießereiarbeiter, Feuerschmiede und Kesselschmiede) eine Sonderzulage von 3 Pfg. Die neue Regelung gilt vom 16. Mai 1927 bis mindestens 31. März 1928.

Mannheim, 28. Mai. Im Lohnstreit in der Metallindustrie in Mannheim wurden gestern die Vereinbarungen über den Manteltarif von den Arbeitnehmern angenommen.

Aussperrung

Die Metallindustriellen in Gera haben die Aussperrung von rund 3000 Metallarbeitern angeordnet, da der Streik der Metallarbeiter, in dem es um die Schaffung eines Tarifvertrages geht, trotz Aussperrungsandrohung der Metallindustriellen nicht beendet wurde. Die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gera weist darauf hin, daß Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen strengstens fernzuhalten ist.

Aus Mittelbaden

Bruchsal

Motorradunglück. Am Dienstag abend verunglückte zwischen Menzingen und Neuenbürg zwei Bruchsaler: der Mechanikermeister Karl **Ricker** und der Säger Bernhard **Lampert**. Eine scharfe Kurve konnte der fahrende Lampert nicht ganz nehmen, das Motorrad rannte auf die Böschung und beide Fahrer wurden mit dreifachem Ueberschlagen in das Feld geschleudert. Bei dem am Steuer sitzenden Lampert konnten äußere Verletzungen schwerer Natur nicht festgestellt werden, während Ricker als Soziusfahrer einen Bruch des Nasenbeins und des Unterkiefers, sowie eine Rückenverletzung davon trug.

Aus dem Murgtal

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bezirksgruppe Gaggenau

In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, sich am Gautreffen des Reichsbanners in **Heidelberg** an den Pfingstfeiertagen zu beteiligen. Kameraden, Republikaner! Kaum eine Woche trennt uns noch von der Kundgebung in Heidelberg, es soll nicht nur erneut der Schwur für die Erhaltung der Republik und Verfassung abgelegt werden, sondern noch eine Pflicht ruft uns nach Heidelberg: die Pflicht, unseres allzu früh verstorbenen Kameraden und ersten Reichspräsidenten Fritz Ebert in Treue zu gedenken und bei der Enthüllung der Gedenktafel an seinem Elternhause in Heidelberg erneut die Liebe und Verehrung der Republikaner kund zu tun. Die Kameraden der Ortsgruppe Heidelberg bieten mit dem für beide Tage festgelegten Programm nur das Beste, so daß der Tag für jeden Teilnehmer von bleibender Erinnerung sein wird. Deshalb wollen auch die Republikaner des Murgtals so zahlreich wie nur möglich sich beteiligen. Die Einzeichnungsliste liegt bei Kam. Rummel im Konsumverein in Gaggenau auf, auch können gleich Quartiere mit bestellt werden.

Kameraden! Republikaner! Unsere Parole muß zu Pfingsten lauten: **Auf zum Reichsbannertag nach Heidelberg!**

Die Mitglieder der Bezirksgruppe sowie Anhänger der Bewegung sind zur Versammlung am Sonntag, 29. Mai, vormittags 10 Uhr, im Nebenzimmer zum Adler eingeladen.

Eine neunköpfige Einbrecher- und Hehlerbande

fm. Im September und Oktober vorigen Jahres wurde die Gegend zwischen **Ettlingen** und **Bühl** und die angrenzenden Gebiete häufig des Nachts von Einbrechern heimgesucht, die keine Woche vergehen ließen, ohne in eine Wirtschaft eingebrochen zu sein und alles Mögliche mitgehen lassen zu haben. Es lag der Verdacht nahe, daß es sich um eine wohl organisierte Bande handele. In **Württemberg** gelang die Festnahme zweier verdächtiger Leute, denen etwa 25 Einbrüche nachgewiesen wurden. Aber auch nach ihrer Inhaftierung wollten die Einbrüche nicht aufhören. Als Hauptschuldige an diesen zahlreichen Einbrüchen wurden der 24 Jahre alte erheblich vorbestrafte Metzger **Albert Weiß** aus Loffenau und der 22 Jahre alte Schlosser **Karl Witzemann** aus Hörden festgestellt. Beiden wurden insgesamt **zwölf** teils gemeinsam verübte schwere **Einbruchsdiebstähle** nachgewiesen. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft bezw. der Hehlerei wurde noch die Braut des Witzemann, die 23jährige ledige Arbeiterin Luise Knörr aus Rotenfels, sowie deren Mutter, die 67 Jahre alte verwitwete Frau **Luise Holl** angeklagt; die Genannten, sowie der 26 Jahre alte ledige Kaufmann **Wendelin Witzemann** aus Hörden, der 27 Jahre alte Dreher **Franz Knörr** aus Rotenfels, der 37 Jahre alte verheiratete Bohrer **Friedrich Knörr** aus Rotenfels, der Wirt und Metzger **Hermann Karcher** aus Rauental und die 41 Jahre alte Luise **Kieser** hatten sich am Mittwoch vor dem erweiterten Schöffengericht in **Karlsruhe** zu verantworten.

Die den Hauptangeklagten zur Last gelegten Einbrüche bezw. Diebstähle wurden u. a. in Bühl, Fischweiher, Kuppenheim, Karlsruhe, Beiersbronn, Raumünzach und Herrenalb verübt. Die Diebesbeute bestand in mehreren Fahrrädern, Fahrradlaternen, größeren Mengen Zigaretten, Zigarren, Likören, Schokolade usw.; auch Schallplatten, Bargeld, Wertgegenstände, Tischdecken ließen sie mitgehen. Aus einem Atelier in Herrenalb stahlen sie nicht weniger als **acht Photographenapparate.** Die vorbestrafte Luise Knörr stellte Weiß jeweils ihr Fahrad für die nächtlichen Diebesfahrten, bei denen Witzemann den Aufpasser spielte, zur Verfügung; bei ihr bezw. bei ihrer Mutter befand sich das Diebeslager; die übrigen Angeklagten machten sich dadurch schuldig, daß sie von den gestohlenen Waren kauften oder sich schenken ließen. Die Diebesbeute wurde gewerbsmäßig verschleißt.

In der Verhandlung zeigte sich Weiß im wesentlichen geständig, während seine Mitangeklagten großenteils ihre Straftaten in Abrede zu stellen suchen. Namentlich leugnet die Luise Knörr hartnäckig, obwohl sie die Hauptmitschuldige ist und als solche von dem Treiben der Einbrecher wußte und sie unterstützte. Mit großer Raffinesse wußten die Diebe ihre Beute zu verstecken. Nach ihrer Festnahme behaupteten sie, die Photoapparate in die Murg geworfen zu haben, man fand sie schließlich hinter einer Verschalung. Da wohl einige sonst wohl im Murgtal verübter Einbrüche auf das Konto einer württembergischen Bande zu buchen sind, glaubte man ebenso großzügig sein zu sollen wie die Täter, indem man nur die in der Anklage festgestellten Straftaten aburteilt. Gegen Weiß, Karl Witzemann und Luise Knörr schwebt noch ein Verfahren wegen **Münzverbrechens**, das demnächst das Schöffengericht beschäftigen wird.

Der Anklagevertreter beantragte gegen die beiden Hauptangeklagten Zuchthausstrafen von 4 bezw. 2½ Jahren. Das Gericht erkannte auf folgende Strafen: **Albert Weiß** erhielt wegen fortgesetzten schweren Diebstahls im Rückfall und Unterschlagung zwei **Jahre Zuchthaus** abzüglich sechs Monate Untersuchungshaft, Karl **Witzemann** wegen fortgesetzten schweren Diebstahls und Hehlerei eine Gesamtgefängnisstrafe von **1½ Jahren** abzüglich vier Monate Untersuchungshaft, die **Luise Knörr** wegen Beihilfe zum Diebstahl in Tateinheit mit Hehlerei **ein halbes Jahr Gefängnis**, ihre Mutter **Luise Holl vier Monate Gefängnis**, **Wendelin** Witzemann, **Franz Knörr** und **Friedrich Knörr** wegen Hehlerei je einen Monat Gefängnis, während die Angeklagten **Hermann Karcher** und Luise **Kieser** mangels ausreichender Beweise freigesprochen wurden.

* **Gernsbach.** Schwerer Sturz. Bei einem Automobil- und Motorradrennen in Wiesbaden stürzte der süddeutsche Fahrer **Kappler** von **Gernsbach** bei einem Ueberholungsversuch und wurde in weitem Bogen über die Böschung in den Wald geschleudert, wobei sein Wagen zwei 60 Zentimeter starke Tannen zerknickte und zertrümmert wurde. Während die Verletzungen Kapplers nicht sehr gefährlich zu sein scheinen, sind die des Beifahrers ernstlicher Natur.

Grasversteigerungen.

Es kommt gegen Barzahlung öffentlich zur Versteigerung:

1) **in Rüppurr am Mittwoch den 1. Juni nachm. 3 Uhr**, die Heugraserträgnis 1. Schnitt verschiedener stadteigener Wiesen in den Gewannen: Rennwiesen, Buchwinkel, Steinhof, Riedlach, Amtmännerwiesen, und Rüppurrer Wiesen. Zusammenkunft, nachmittags 3 Uhr, Schellenbergbrück (Rennwiesen.
2. **in Rintheim, am Freitag den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr.** Das Heugraserträgnis 1. Schnitt verschiedener stadteigener Wiesen der Gewanne: Unterruth, Mittelruth und Ochsenweide. Zusammenkunft, nachm. 3 Uhr Farrenstall.
3) **in Daxlanden, nördlich des Stichkanals am Montag 13. Juni vorm. 8 Uhr**, das Heugraserträgnis, 1. Schnitt, der Gewannen: Aelberau, Schlehert und Burgau. Zusammenkunft, vorm. 8 Uhr Hördtwald-Alb-schleuse
4) in Daxlanden, südlich des Stichkanals, am Dienstag, den 14. Juni, vorm. 8 Uhr das Heu- und Oemdgraserträgnis 1. u. 2. Schnitt der stadteigenen Wiesen Saum, Fritschlach, Gfäll, Faulbruch und der Hochwasserdämme. Zusammenkunft vorm. 8 Uhr Rathaus Daxlanden.

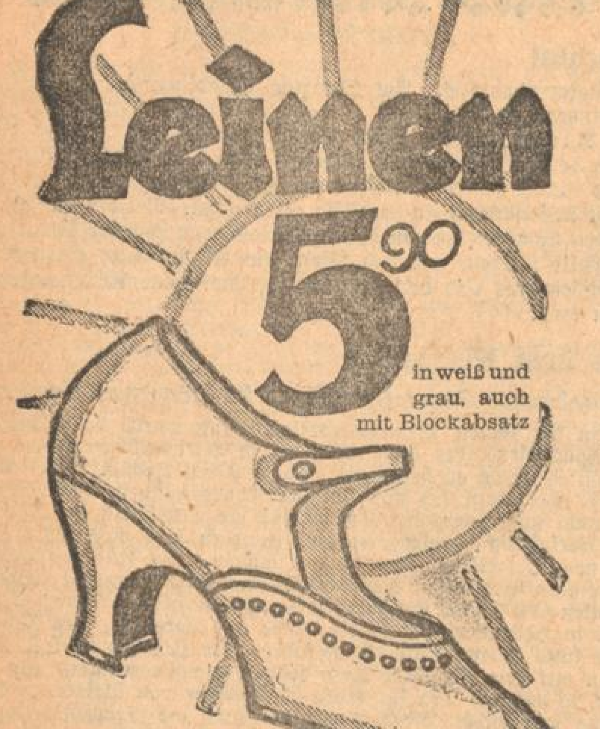
Karlsruhe, den 23. Mai 1927

Städt. Tiefbauamt

Leinen

5⁹⁰

in weiß und grau, auch mit Blockabsatz



4830

ROMEO

nur Kaiserstraße 56

Residenz-Lichtspiele Waldstr.

Heute!

Stolzenfels am Rhein

★

Aus Deutschlands schwerer Zeit 1812/13

Vom Fels zum Meer | Achtung! Der Nordexpreß

Trianon-Wochenschau Nr. 22 4833

Das Bad der Zehntausend in Lichtenberg. — Die englischen Berufsfußballspieler siegten mit 4:0. — Schießübungen der Küstenbatterien von Baltimore

Schränke Matratzen Diwan

in bekannt guter Qualität

außergewöhnl. billig bei 4661

Heinrich Karrer

Philippstraße 19

Kein Laden.

LAFUBA am 11. 6. 27

Durlach

Scala-Lichtspiele

Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr

Film-Vortrag

Das schaffende Amerika

(Eine Studienreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika)

Der bekannte Vortragsredner Mar.-Ing. a. D. und Dipl.-Ing. **Knoke, Hannover**

Ueberfahrt auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd Bremen

Die Breslauer Ztg. schreibt: . . . Das ist nun ein Film und ein Vortrag, den sich eigentlich alle ansehen und anhören sollten, die am Fortschritt der Technik und der Menschheit überhaupt interessiert sind: Ingenieure u. Baumeister, Verkehrsbeamte aller Art, Kaufleute u. Gewerbetreibende, Lehrer und Schüler, Erfinder, Hausfrauen usw., ein Filmvortrag voller erstaunlicher Neuigkeiten, voller Belehrung und Unterhaltsamkeit, wie er sobald nicht nachgeahmt werden dürfte. . . . 698

Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd Bremen

Preise: Mk. -.50, -.70, -.90, 1.20, 1.50

Näheres siehe auch Plakate

Kratz Schleiferei

für Messer, Scheren u. s. w.

arbeitet vorbildlich!

Arbeiter aus Solingen

Waldstr. 41

KAMMER-LICHTSPIELE

Kaiserstraße 168. — Tel. 3053. — Haltest. Hirschstraße

zeigt **Das große Doppelschlager-Programm** heute

I. Der interessante spannende Großfilm

Der Rebell von Valencia

ein Spiel von Liebe und Leidenschaft aus Spaniens Süden mit der großen deutschen Besetzung: **Vivian Gibson, Walter Rilla, Manja Tzatschewa, Magnus Stifter, Karl Platen und Evi Eva**

Hierzu der große amerikanische Sittenfilm

UNSCHULD

6 ergreifende Akte aus dem New Yorker Nachtleben

Neueste Emelkawoche 4832

Beg. d. Vorstellungen: 4. 5, 7 u. 9 Uhr, Sonntags 2½ Uhr

Nußbaum polierte

Einzel-Möbel

auch Eiche u. weißlackiert zu niedrigsten Preisen

Möbelhaus Freundlich

Kronenstraße 37/39

(Zahlungserleichterung)

Patentröste Schonerdecken Matratzen 3743

neu sowie Reparaturen gut und preiswert bei

A. Kammerer

Erbprinzenstraße 26.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus.

Montag, 30. Mai, bis Donnerstag, 2. Juni, jeweils abends 8 Uhr Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Erstaufführung

Lederstrumpf

Wildtöters Kampf um das Blockhaus im See

Opelwochenschau Nr. 22

und

Kreuzworträtsel-Film.

Preise u. Ermäßigungen wie üblich

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße. 4834

1170

Badisches Landestheater

Montag, den 30. Mai

*G 28

Coeur-Dame

von Hugo Röhr.

Musikal. Leitung: J. Kripß.

In Szene gesetzt von Otto Krauß.

Fürst	Barth
Fürstin	Blättermann
Graf	Rentwig
Kammerfrau	Wanka
Kavalier	Kalnbach
Lakai	Lindemann

Hierauf:

Frauenlist

von Hugo Röhr.

Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knöll.

In Szene gesetzt von Hellmut Grohe.

Gräfin	Franz
Major	Butz
Kosemuckel	Schuster
Minchen	Strack
Lampert	Siegfried
Dunkel	Vogel
Liese	Blank

Anfang 7½ Uhr

Ende gegen 10¼ Uhr.

I. Sperrsitz 7.— Mark.

Dienstag, den 31. Mai 1927

Volpone

Von der Reise zurück

Dr. Schiller 700

Amtliche Bekanntmachungen

Hundesteuer.

Jeder über 3 Monate alte Hund ist vom Besitzer beim städtischen Steueramt, Zähringerstr. 98 1. Stock (gegenüber dem Rathaus) anzumelden. Gleichzeitig ist die staatliche Steuer und der Gemeindezuschlag mit insgesamt 36 Mark für den ersten und 72 Mark für jeden weiteren Hund zu entrichten. Es wird ersucht die Steueranmeldung tunlichst in den ersten Tagen, aber jedenfalls noch innerhalb der ersten Hälfte des Monats Juni dem städtischen Steueramt frankiert einzusenden und von der Einzahlung des Steuerbetrags auf die nachstehend bezeichneten Konten der Steuerkasse möglichst Gebrauch zu machen. Bei persönlicher Abgabe der Anmeldung empfiehlt es sich, das Formblatt schon ausgefüllt vorzulegen. Hierfür sind folgende Zeiten vorgesehen:

Für die Hundebesitzer, deren Namen beginnen mit dem Buchstaben

A—G einschließlich vom 1.—4. Juni 1927,
H—L " vom 7.—10. Juni 1927,
M—R " am 11., 13., 14. und 15 Juni 1927 und
S—Z " am 17., 18., 20. und 21. Juni 1927, jeweils vormittags von 8—12 Uhr.

Wird das ausgefüllte Formular dem Steueramt zugesandt, dann ist gleichzeitig der entsprechende Betrag an die städtische Steuerkasse, Zähringerstraße 98 (Girokonto bei der städtischen Sparkasse 3156, Postscheckkonto Nr. 15 357) einzuzahlen. Hierbei darf aber nicht unterlassen werden, auf dem Einzahlungs- oder Ueberweisungsabschnitt die genaue Adresse des Hundebesitzers anzugeben. Die Formblätter können jetzt schon in Empfang genommen werden beim städtischen Steueramt, bei den Polizeistationen und in den Vororten bei den Gemeindesekretären. Letztere sind auch zur Annahme der Anmeldungen und des Steuerbetrages befugt.

Ueber 3 Monate alte Hunde, welche erst nach dem 15. Juni 1927 in Besitz genommen oder in den hiesigen Bezirk eingebracht werden, sind innerhalb 4 Wochen nach der Besitzerlangung oder Einbringung, Hunde, welche erst nach Ablauf der Anmeldefrist das Alter von 3 Monaten erreichen, innerhalb 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden.

Die Anmeldepflicht besteht auch für solche Hundebesitzer, die ihren Hund für das vergangene Steuerjahr angemeldet hatten.

Wer vorstehenden, sowie den sonstigen zur Ueberwachung und Sicherung der Abgabe erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird sofern nicht Steuerhinterziehung vorliegt, mit einer Geldstrafe bis zum einfachen Betrag der Steuer und des Zuschlags bestraft.

Die Hinterziehung der Hundesteuer und des Gemeindezuschlags wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen des hinterzogenen Betrages bestraft. Neben dieser Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hunde, für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können eingezogen werden. Unbeibringliche Geldstrafen können in Freiheitsstrafen umgewandelt werden.

Karlsruhe, den 11. Mai 1927. 1090

Der Oberbürgermeister.

Schotterbeifuhr.

Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe vergibt in schriftlichem Wettbewerb die Beifuhr von Walz- und Flickschotter, sowie von Grus von den Bahnstationen auf die Landstraßen für das Jahr 1927/28. Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer, Stefanienstraße Nr. 51, und bei Straßenmeister Walch in Bruchsal auf. Vordrucke für die Angebote sind auf dem Bauamt und bei den Straßenmeistern erhältlich

Die Angebote sind mit der Aufschrift „Schotterbeifuhr" bis 8. Juni 1927 vormittags 10 Uhr einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 1174

Verkaufe billigst

kl. eich. Büfett Mk. 75.-, eich. Kredenz Mk. 45.-, schöner Dipl.-Schreibtisch, Schreibtischstühle, Vertiko Mk. 35.-, 45.-, eint. Schränke, zweit. Schränke v. Mk. 25.- an, Tische v. Mk. 8.- an, Stühle v. Mk 2.- an, Nachttische, eich. Nähtische Mk. 10.-, 12.-, 20.-, sch. Flurgarderob., Konsole m. Spiegel, 2 Korbsessel m. Tischen, Leder-Klubsessel, Kommode Mk. 15.-, Waschkommode Mk. 23.-, gute mod. u. and. Betten, Bettstelle u. Rost von Mk. 10.- an, Küchenschränke Mk. 15.-, 20.-, 30.-, Fliegenschrank, Stehschreibpult u. sonst. Möbel äuß. billig. An- u. Verkauf **D. Gutmann,** Rudolfstraße 12, Telephon 6608

Die beste 4318

Dauerwäsche

kaufen Sie billigst im Spezial-Dauerwäsche-Geschäft

Andreas Weinig jr.

Karlsruhe, Kaiserstr. 40

Das Ideal jeder Hausfrau!

Selbsttätiger Dampfwaschapparat H.S.W.

Der Waschtag wird Dir zum Vergnügen, kannst du über H. S. W. verfügen!

Unter Verwendung als Eindunstapparat

Konkurrenzlose Preise! von Mk. 20.- an

Ia Ausführung

Probewaschen werden unentgeltlich ohne Kaufzwang vorgenommen

Referenzen können jederzeit nachgewiesen werden, auch von Ulmer Kunden

Verlangen Sie Prospekt und Preisliste

mehrfach geschützt

Konkurrenzlose Preise! von Mk. 20.- an

Kein Dampfgeruch

Einfachste und sauberste Handhabung

Kein Stampfen, kein Reiben, kein Bürsten, kein Drehen, kein Wasserbad, kein Bewegen, kein Walken

Ohne Anstrengung, ohne Mühe größte Schonung der Wäsche, Gardinen, Spitzen usw.

Vertrieb: **Fr. Köhler Karlsruhe** Westendstr. 28 Tel. 4240

KNIELINGEN!

Der verehrlichen Einwohnerschaft von **Knielingen** und Umgebung geben wir bekannt, daß die hiesige Sportvereinigung das Gasthaus zur „Rose" erworben hat u. dasselbe ab 1. Juni 1927 als

Volkshaus zur „Rose"

weiterführt. Neben eigener Schlachtung, da Metzgerei dabei, kommt zum Ausschank das bekannte Bier aus der Brauerei „Schrempp-Printz"

Der Verwalter Emil Gamm, Metzger und Wirt, wird sich alle Mühe geben, um die verehrlichen Gäste bestens zu bedienen

Wir erwarten von der Arbeiterschaft, daß sie das Volkshaus zum Mittelpunkt ihrer wirtschaftlichen und geselligen Veranstaltungen macht. Ebenso, daß der häusliche Fleisch- und Wurstverbrauch daselbst gedeckt wird

Die Sportvereinigung E. V. 702

Mieterverein g. K'ruhe (e. V.) Geschäftsstelle: (nurbrieft. Anfr.) Baumeisterstr. 32, Stb. III

Küchen

komplett und einzeln langjährige Garantie außerordentlich billig bequeme Teilzahlung

Gebr. Klein

Durlacherstraße 97 Rüppurrerstraße 14

Sondertage!

Moderne, extraschwere **eichene**

Schlafzimmer

um **schnell und viel** zu verkaufen

extra billig

gute eich. Rahmenzimmer mit 2 u. 3 türig. Spiegelschränken kompl. mit Pat.-Matr.

480.00

575.00 4660

Keine Ladenspesen Zahlungserleichter.

Spezial-Vertrieb **Schweitzer**

Lager: **Marienstr. 13, Hof.**

Hauptlager Mühlburg **Lameystr. 51.**

Junges kinderl. Ehepaar **sucht Zimmer mit Küche** od. **leeres Zimmer.** Südstadt od. i. d. Nähe gegen Mietevorauszahlung. Adr. **Heinrich Weber, Luisenstraße 34,** Hinterh. 3. St.

Für Wandervögel!

Schlafdecken

in großer Auswahl

per Stück Mk. 5.—, 4.—, 3.50, 3.—

1.50

Arthur Baer

Kaiserstraße 133

Eingang Kreuzstraße, gegenüber der kleinen Kirche 4837

Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch.

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im „**Friedrichshof**" (Gartensaal) 4831

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:

Berichterstattung vom Parteitag in Kiel.

Referent: Gen. **Oskar Trinks.**

Hierzu laden wir die Genossinnen und Genossen freundlichst ein und ersuchen um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Frauen haben immer recht

wenn sie behaupten, daß Gasback- u. Kohlenherde von der Firma **A. Rosenberger,** Ecke Schützen- und Marienstraße 32, die besten und billigsten sind. 4722 12 Monatsraten.

Ettlinger Anzeigen

Hundstaxe betr.

Jeder über 3 Monate alte Hund ist in der ersten Hälfte des Monats Juni vom Besitzer in der Gemeinde, in der er gehalten wird, anzumelden.

Ueber 3 Monate alte Hunde, die nach dieser Frist bis zum 31. Mai des nächsten Jahres in Besitz genommen oder in die Gemeinde eingebracht werden, sind innerhalb 4 Wochen nach der Besitzerlangung oder Einbringung, Hunde, die erst nach Ablauf der allgemeinen Meldefrist das Alter von 3 Monaten erreichen, innerhalb 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, wenn der Besitz des Hundes in der ersten Hälfte des Monats Juni oder vor Ablauf der vierwöchigen Frist des zweiten Absatzes wieder aufgegeben worden ist. Das gleiche gilt, wenn der Hund an die Stelle eines von demselben Besitzer in derselben Gemeinde im laufenden Steuerjahr versteuerten Hundes tritt.

Für Hunde, die nach obiger Bestimmung erst im Mai 1928 anzumelden sind, hat der Besitzer bei der Anmeldung in der nächsten allgemeinen Anmeldefrist (Juni 1928) eine Steuer nicht zu entrichten.

Neben dem Besitzer des Hundes haftet der Eigentümer als Gesamtschuldner für Steuer und Zuschlag.

Die Hinterziehung der Hundesteuer und des Zuschlags wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der hinterzogenen Steuer und des Zuschlags bestraft. Neben der Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hunde, für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können von der Steuerbehörde eingezogen werden.

Die Anmeldung hat bei der Stadtkasse hier zu erfolgen. Gleichzeitig mit der Anmeldung ist die Steuer und der Zuschlag für das Steuerjahr 1. Juni 1927 bis 31. Mai 1928 zu entrichten.

Es beträgt die Hundesteuer pro Hund . 12 M.
der Gemeindezuschlag . . . . . 24 M.
Gesamtsteuer . . . . 36 M.

für jeden weiteren Hund hat der Besitzer die doppelte Taxe zu zahlen.

Ettlingen, den 28. Mai 1927.

Der Bürgermeister.

Rastatter Anzeigen

Hundesteuer.

Hundebesitzer haben ihre Hunde in der Zeit vom 1. bis 15. Juni ds. Js., bei der Stadtkasse — Zimmer Nr. 1 — zur Steuer anzumelden. Mit der Anmeldung ist gleichzeitig die Steuer zu entrichten. Zu versteuern ist jeder über 3 Monate alte Hund. Die Steuer beträgt für einen Hund einschließlich Gemeindezuschlag 24 Mk., für jeden weiteren Hund 48 Mk.

Besitzer von Zwingerhunden haben bei Vorlage eines Ausweises neben der staatlichen Steuer nur 12 Mk. nur 50% des Gemeindezuschlags zu entrichten.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung dieser Steuer verfällt der Eigentümer unnachsichtlich in die festgesetzte Strafe, welche beträgt:

a) bei Zahlung innerhalb der ersten 7 Tage nach Ablauf der festgesetzten Steuer = 10% der Steuer,
b) bei Zahlung innerhalb weiterer 7 Tage, also spätestens am 14. Tage nach Ablauf der festgesetzten Zeit = 50% der Steuer
c) bei Zahlung innerhalb weiterer 7 Tage, also spätestens am 21. Tage nach Ablauf der festgesetzten Frist = 100% der Steuer.

Nichtzahlung binnen dieser letzten Frist wird als Hinterziehung behandelt.

Die Hinterziehung der Hundesteuer wird mit Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft.

Daneben ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hunde, für welche Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können eingezogen werden. 1167

Rastatt, den 21. Mai 1927

Der Oberbürgermeister.

Auf dem Versuchs- und Lehrgut hier ist ein weiterer

Warmbluthengst („Rekrut") 1175

aufgestellt worden.

Rastatt, den 27. Mai 1927.

Der Oberbürgermeister.